



Subventionen

S. 4

Ein „Hauch von Jamaika“ im Landtag: CDU, FDP und Grüne verbünden sich in der Frage, wie rasch die Steinkohlesubventionen reduziert werden sollen. Ziel: mehr Handlungsspielraum für den angespannten Landesetat.

Weltmeisterschaft

S. 6

Das Motto „Zu Gast bei Freunden“ wird in NRW ernst genommen. Das Land ermöglicht zur Fußball-WM Großbildleinwände und verlängert die Öffnungszeiten der Biergärten. Debatte auch zur Rolle der Bundeswehr.

Bahnperspektiven

S. 11

Besuch im Verkehrsausschuss. Bahnchef Mehdorn berichtet über Pläne für das Land: Die Bahn fördert den Rhein-Ruhr-Express, wird aber wegen Nachfragemangels die Mitte-Deutschland-Verbindung ausdünnen.

Kopfnoten

S. 12

Kopfnoten teilen das Land: Während die meisten Wissenschaftler eher gegen ihre Einführung sind, signalisierten in der Anhörung Sprecher von Elternverbänden und Praktiker des Schullebens überwiegend Zustimmung.

Der Petitionsausschuss als Kummerkasten des Landes? Das trifft nicht den Kern seines Wirkens. Er ist mehr als die Stelle, an der sich die Bürgerinnen und Bürger ausweinen können, um sich dann schon viel besser zu fühlen. Als Briefkastenonkel und -tanten verstehen sich die Abgeordneten im Ausschuss überhaupt nicht: Sie sind kompetent, sie können etwas bewegen, sie vermögen auch in verfahrenen Fällen Lösungen mit den Beteiligten zu erarbeiten. Sie sind übrigens auch der Spiegel, in den das Parlament blickt: Sind seine Gesetze so gut und gerecht, dass bei der Umsetzung nichts hakt und der Vollzug nicht zu unangemessenen Folgen für die Bürger führt? (Seiten 7 bis 10).

Foto: Schälte

Mümmelndes Gastgeschenk

Das waren noch Zeiten! Da fährt ein nordrhein-westfälischer Ministerpräsident nach China und hat ein tolles Gastgeschenk im Gepäck: Nicht das Angebot für den neuen Transrapid, sondern ein paar Dutzend putzmunterer Kaninchen. Das ist inzwischen mehr als ein Vierteljahrhundert her und die deutsch-chinesischen Beziehungen haben längst eine andere Qualität erreicht. Vielleicht sind sie auch ein bisschen diffiziler geworden, wenn man an den von China verstärkt gewünschten Technologietransfer denkt. Genug Arbeit jedenfalls für die neue Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe des Landtags. Übrigens, den Kaninchen geht es gut: Ihre Nachkommen mümmeln immer noch munter in chinesischen Ställen (Seite 19).

Drückt der Schuh? Dann ab die Post!

An den
Petitionsausschuss des
Landtags NRW
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Gebühren sind beschlossene Sache	3
<i>Hartes Ringen um Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen</i>	
Kostenklarheit gefordert	4
<i>Erregte Debatte über Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle</i>	
Demonstranten vor der Tür	5
<i>SPD: Das sind die Konsequenzen aus den Auslaufplänen!</i>	
Rolle der Bundeswehr	6
<i>Landtag berät über Einsatz von Soldaten</i>	
Spaß und Anwohnerschutz	6
<i>NRW will zur Weltmeisterschaft ein guter Gastgeber sein</i>	
„Wir stehen voll im Leben“	7
<i>Petitionsausschuss berichtet über stetige Flut von Eingaben</i>	
So vielfältig wie das Leben selbst	8 – 9
<i>Interviews mit Mitgliedern des Petitionsausschusses</i>	
Probleme lösen im Gespräch	10
<i>Petitionsausschuss kümmert sich um wachsende Zahl von Eingaben</i>	
Rückenwind für Rhein-Ruhr-Express	11
<i>Bahn-Chef Mehdorn zieht positive Bilanz im Verkehrsausschuss</i>	
Kopfnoten bereiten Kopfzerbrechen	12
<i>Machtinstrument oder Schritt zu mehr sozialer Kompetenz?</i>	
Polizei im Wandel	13
<i>Anhörung im Innenausschuss zur Organisationsreform</i>	
Im Kreuzfeuer der Argumente	14
<i>Experten erörtern Pro und Contra einer Abschaffung der Ausgleichsabgabe</i>	
Zwischenstopp für Fördermittel	15
<i>Krankenhausfinanzierung bereitet Ökonomen und Praktikern Sorge</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Kirchen haben Bedenken	17
<i>Schwangerschaftskonfliktgesetz: Kritik der Verbände</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Werner Jostmeier (CDU)	19
Chinesischer Botschafter bietet Unterstützung an	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Auf der Suche nach Ermessensspielraum

Letzte Instanz, Kummerkasten – das Vertrauen und die Erwartungen der Menschen in den Petitionsausschuss sind schier überwältigend. Das schlägt sich in der stetig anschwellenden Flut von Eingaben an dieses parlamentarische Gremium des Landtags nieder. Die Männer und Frauen im Ausschuss tun ihr Bestes, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Oft haben sie Erfolg, aber nicht immer.

Denn die Erwartungen dürfen nicht unrealistisch sein. Der Petitionsausschuss kann keine Urteile kassieren, auch wenn sie dem Betroffenen als himmelschreiendes Unrecht erscheinen. Der Petitionsausschuss schwebt nicht über Justiz und staatlicher Verwaltung. Er ist wie alle anderen an die Gesetze gebunden.

MACHT UND DIALOG

Es sind oft aussichtslos erscheinende Fälle, an denen sich die betroffenen Menschen die Zähne ausgebissen und die Fachleute resigniert haben – die Abgeordneten des Ausschusses nehmen sich der Sache an, ermitteln den Sachverhalt, fordern die beteiligten Stellen zur Auskunft auf und finden dann doch die Lösung.

Ein Wunder, ein Trick? Nein, es ist viel einfacher. Es ist das Gespräch, zu dem der Ausschuss einlädt: Am runden Tisch und ohne Vorfestlegungen. Bürger und Ämter auf gleicher Augenhöhe, moderiert von den Abgeordneten des Petitionsausschusses. Sie entkrampfen das Klima und leiten dann einen Dialog ein, der fast schon nicht mehr möglich schien. Und auf einmal tun sich Ermessensspielräume auf, die sich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger nutzen lassen.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses kümmern sich. Sie lassen sich nicht nur die Akten kommen, sondern sie gehen auf Reisen und erraumen Ortstermine an. Sie gehen zu den Menschen. Und sie sind mit Macht ausgestattet. Das Petitionsrecht ist in der Landesverfassung niedergelegt. Die staatlichen Behörden sind dem Petitionsausschuss gegenüber zu Auskunft und Offenlegung verpflichtet.

Es kommt vor, dass auch der Petitionsausschuss keine Lösung findet, die im Sinne des hilfesuchenden Bürgers liegt. Jetzt hofft er auf die Lösung durch den Ausschuss. Aber der muss feststellen, dass es diese Lösung nicht gibt. Vergebliche Liebesmüh? Nein, die Abgeordneten machen in solch einem Fall immer wieder die Erfahrung, dass ihr Tätigwerden auch einen Schlusspunkt setzt. Der Petent sieht, es geht nicht weiter. Er hat alles versucht, jetzt ist das Ende gekommen. Nicht in seinem Sinne, „aber irgendwie gut, dass es nun vorbei ist“. JK

Gebühren sind beschlossene Sache

Hartes Ringen um Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen

Die Studenten in NRW können sich auf Studiengebühren bis 500 Euro pro Semester einstellen. Das „Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen“ – Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 14/725 – passierte am 15. März in zweiter und am 16. März in von SPD und Grünen beantragter dritter Lesung den Landtag. Ab Sommersemester 2007 können die Hochschulen von allen Studierenden, bereits ab kommendem Wintersemester von den Studienanfängern Studiengebühren verlangen. Das Geld soll den Hochschulen zufließen, die damit die Studienbedingungen verbessern können. Den Mehrheitsverhältnissen entsprechend wurde ein Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs. 14/1443) angenommen, der der Grünen (Drs. 14/1489) abgelehnt.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) erinnerte an überfüllte Hörsäle und marode Bausubstanz der Hörsäle und Seminarräume: „Man will etwas lernen und bekommt nicht einmal einen Sitzplatz. So etwas gibt es nur in Deutschland.“ Das neue Gesetz sei daher ein großer Schritt auf dem Weg zum Systemwechsel. Zwar stoße es bei niemandem auf Begeisterung, wenn man für etwas zahlen müsse, was vorher umsonst war – doch unterm Strich würden Studierende und Lehrende die Gewinner sein.

Marc Jan Eumann (SPD) bekräftigte für seine Fraktion die Forderung nach einem gebührenfreien Erststudium. Studiengebühren würden Kinder aus sozial schwachen Familien abschrecken: „Mit Gerechtigkeit und Chancengleichheit hat dieser Entwurf nichts zu tun.“ Er bezeichnete den Namen des Gesetzes („Finanzierungsgerechtigkeit“) als Etikettenschwindel und kritisierte drei Punkte: Es gebe keine „Geldzurückgarantie“, keine Stipendien, und die Hochschulen über die Einführung der Gebühren entscheiden zu lassen, sei zynisch. Sein Fazit: „Ein bildungspolitischer und gesellschaftspolitischer Irrweg.“

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) bezeichnete Wissenschaftsminister Pinkwart von der FDP als „Verpackungskünstler“, der alles, was richtig weh tue, in neues Geschenkpapier wickele: „So kommt es, dass Studiengebühren als ein Akt der sozialen Gerechtigkeit gepriesen werden und der Schritt in die Privatisierung der Hochschulen als Freiheit verkauft wird.“ Sie äußerte verfassungsrechtliche Bedenken: „Der Gesetzentwurf steht im Widerspruch zu zwei Anforderungen, nämlich die Pflicht des Parlaments, Fragen der Hochschulen selbst in die Hand zu nehmen und die Gleichbehandlung der Studierenden sicherzustellen. Beides ist nicht der Fall.“

Christian Lindner (FDP) meinte rückblickend zur Debatte um Studiengebühren: „Das waren keine einfachen Diskussionen. Uns sind Blumen zugeflogen, an denen die Töpfe noch dran waren.“ Um die Qualität der Lehre zu verbessern, gebe es aber keinen anderen Weg. In Österreich seien seit Einführung der Studiengebühren die Studentenzahlen gestiegen – gesunken seien dagegen Studiendauer und Abbrecherquote. Lindner: „Im Schulwesen liegt der Schlüssel für Chancengleichheit, nicht im Hochschulwesen.“ Am Ende würden auch die Studenten erkennen, dass Gebühren in ihrem Interesse seien.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) fasste den Standpunkt der schwarz-gelben Koalition so zusammen: „Wir wollen eine bestmögliche Ausbildung, kürzere Studienzeiten und weniger Abbrecher.“ Die Verfassungsmäßigkeit sei voll gegeben. Eine abschreckende Wirkung von Studiengebühren sehe er nicht, da erst dann, wenn das erste Gehalt fließt, die Gebühren zurückgezahlt werden müssten. Die zusätzlichen Einnahmen blieben bei den Hochschulen. Der Minister: „Die Hochschulen können dann Mängel nicht an die Politik weiterreichen, sondern müssen sich der Verantwortung stellen. Wir haben jetzt ein freierwilliges, soziales und wirksames Instrument, das es uns erlaubt, die nordrhein-westfälischen Hochschulen endlich an die Spitze bringen zu können.“

Karl Schultheis (SPD) betonte, man werde sich eine verfassungsrechtliche Prüfung vorbehalten: „Wir sehen in ihrem Gesetz keine Verbesserung der Studiensituation, sondern eine Verschlechterung.“

Manfred Kuhmichel (CDU) zitierte den verstorbenen SPD-Politiker Peter Glotz mit den Worten: „Besser eine gute Ausbildung gegen eine mäßige Gebühr als ein beschissenes Studium umsonst.“

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) kritisierte: „Ein handwerklich so schlechtes Gesetz habe ich selten gesehen – das werden Sie bei der Umsetzung merken.“

Hans-Joachim Reck (CDU) dankte bei der dritten Lesung dem zuständigen Minister: Mit seiner „Geradlinigkeit, Ruhe und argumentativen Stärke“ habe er das Gesetz durchgebracht.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, schrieb den Landtagsabgeordneten der Koalition ins Stammbuch: „Sie werden heute mit Ihrer Stimme einem Gesetz Ihren Segen geben, das offensichtlich verfassungswidrig ist. Und sagen Sie später nicht, Sie hätten es nicht gewusst.“ ■



Sehr informativ ...

... und farbenfroh zugleich war der Besuch des Botschafters der Bundesrepublik Nigeria im Landtag. Bildungs- und familienpolitische Fragen standen beim Gespräch im Mittelpunkt. Landtagspräsidentin Regina van Dinther (L.) bat Professor Tunde Adeniran (r.) um den Eintrag in das Gästebuch des Landtags

Foto: Schälte

Kostenklarheit gefordert

Erregte Debatte über Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle

Ein „Hauch von Jamaika-Koalition“ wehte Mitte März durch den Landtag. So werteten es jedenfalls die Zeitungen in ihren Berichten über die Plenarsitzung vom 16. März, wo die Fraktionen von CDU, FDP und Grünen einen gemeinsamen Eilantrag (Drs. 14/1460 neu) zur Beratung vorlegten. Darin forderten sie detaillierte Angaben über die Kosten des Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau ein. Einbezogen war in die Beratungen des Plenums auch der Antrag der Grünen „Berliner Koalitionsvertrag muss zu mehr Transparenz bei der Steinkohle führen“ (Drs. 14/723). Die SPD stimmte gegen den Eilantrag und unterlag mit ihrem eigenen Entschließungsantrag (Drs. 14/1462). Darin betonte sie, dass die Bergleute ein Recht darauf hätten zu erfahren, „mit welchen Positionen die Landesregierung in die nun anstehenden Verhandlungen mit der Bundesregierung und dem Unternehmen eintreten will“.

Dr. Wilhelm Droste (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dietmar Brockes (FDP)

Dr. Axel Horstmann (SPD)

Wirtschaftsministerin
Christa Thoben (CDU)

Fotos: Schälte

Dr. Wilhelm Droste (CDU) kritisierte, trotz mehrfacher Nachfrage an die Deutsche Steinkohle AG (DSK), die Altlasten und Ewigkeitskosten detailliert offen zu legen, sei Vorstandsvorsitzender Tönjes eine brauchbare Antwort schuldig geblieben. „Es kann nicht sein, dass das Land NRW über Jahrzehnte mit Steuergeldern den Bergbau subventioniert und umgekehrt die Deutsche Steinkohle Transparenz verweigert.“ Von jedem kleineren Unternehmen, das staatliche Förderung erhalte, werde ein Höchstmaß an Offenlegung verlangt, während der größte Subventionsempfänger des Landes über Jahre hinweg die Politik am Nasenring herumführe. Deshalb müsse jetzt ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben werden. Vorher werde man dem ersehnten Börsengang der RAG nicht zustimmen.

Reiner Priggen (GRÜNE) pflichtete ihm bei, die Steinkohlefinanzierung sei nicht transparent und es müsse sicher sein, dass die Subventionierung vernünftig und notwendig sei. Er erneuerte den Vorschlag seiner Fraktion, einen Ausschuss zur Frage des Steinkohlenausstiegs zu gründen, der in kleinem Kreis und vertraulich beraten soll. Wenn die Abgeordneten jedes Jahr für Kohlebeiträge in Höhe von über 600 Millionen Euro die Hand heben sollen, „müssen wir im Detail nachvollziehen können, wofür wir das Geld ausgeben“.

Dietmar Brockes (FDP) tadelte ebenfalls das „inakzeptable Verhalten des DSK-Vorsitzenden im Wirtschaftsausschuss. Dass sich ein staatlich alimentiertes Unternehmen wie die DSK weigert, unerlässliche Informationen zu geben, ist eine beispiellose Brückierung des Parlaments, die wir nicht hinnehmen werden“, so der Abgeordnete. Er fuhr fort: „Wir sind es den Menschen in NRW schuldig, dass mit ihren Steuergeldern sorgsam umgegangen wird und keine ungedeckten Schecks für die Zukunft ausgestellt werden.“

Dr. Axel Horstmann (SPD) war ganz anderer Meinung: „Sie flüchten sich in diese Transparenzdebatte über Zahlen und Daten, weil Ihnen das politische Durcheinander in Ihren eigenen Reihen gar kein entschlossenes Handeln ermöglicht“, sagte er. „Wir brauchen Entscheidungen und die brauchen wir bald.“ Zur wirtschaftlichen Vernunft gehöre es, dass NRW nichts unternehmen, was den geplanten Börsengang der RAG verhindern oder verzögern könnte.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) betonte, die anstehenden wichtigen Weichenstellungen in der Kohlepolitik und zur Verwertung des Beteiligungsbereiches der RAG könnten nur auf der Basis gesicherter Daten erfolgen. Sie sei mit dem Bundeswirtschaftsminister einig, dass ein Gutachten vergeben werde. Thoben: „Die gutachterlichen Ermittlungen werden auf der Grundlage verschiedener sozialverträglicher Auslaufsenarien erfolgen, wobei die Mitwirkung der DSK zwingend ist.“

Norbert Römer (SPD) bezeichnete die 500 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Steinkohlenbergbau als „gut angelegtes Geld“.

Christian Weisbrich (CDU) begründete den Antrag damit, die Landesregierung aufzufordern, „dass sie in den Verhandlungen noch viel schärfer sein muss als bisher“.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, erinnerte daran, dass seit 1997 ganze 80 Milliarden Euro in den Steinkohlenbergbau geflossen seien, ohne den Arbeitsplatzabbau stoppen zu können. Der Antrag stelle eine wirkliche Zäsur in der Landespolitik dar.

Ministerin Christa Thoben (CDU) gab zu bedenken: „500 Millionen Euro sind nur dann gut angelegtes Geld, wenn man nicht mehr die Kraft hat, über Alternativen nachzudenken. Wir aber möchten die Zukunft nicht verpassen.“ ■

Demonstranten vor der Tür

SPD: Das sind die Konsequenzen aus den Auslaufplänen!

„Das Beispiel Heitkamp-Deilmann-Haniel (HDH) verdeutlicht die struktur- und beschäftigungspolitischen Konsequenzen der Steinkohleförderung“ – so lautete das Thema einer Aktuellen Stunde, die am 16. März im Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion stattfand. Die Fraktion griff damit die Schiefelage auf, in die die Spezialfirma aus Recklinghausen durch ausbleibende Aufträge der Deutschen Steinkohle AG (DSK) geraten war.



Blick in eine ungewisse Zukunft: demonstrierender Bergmann vor der Bannmeile des Landtags

Foto: Schälte

Norbert Römer (SPD) begründete für seine Fraktion, warum man die Aktuelle Stunde beantragt habe: „Wir wollen deutlich machen, wie die Strukturen immer noch sind“, sagte er. Bei der Bergbau-Spezialgesellschaft HDH arbeiteten nicht nur 1.600 Bergleute, sie sei auch vernetzt mit einer Vielzahl von Unternehmen. Deshalb forderte er: „Nehmen Sie die Existenzängste ernst, lassen Sie die Finger vom Bergbau, lassen Sie die Auslaufpläne fallen.“

Dr. Wilhelm Droste (CDU) zitierte einen italienischen Fürsten, der einmal gesagt habe: „Subventionen sind staatliche Kraftnahrung für die Kinder der Nation, die am lautesten brüllen.“ Er

stellte die Frage, wie man den Arbeitslosen im Land noch in die Augen schauen könne, wenn mehr als die Hälfte des Förderetats des Wirtschaftsministeriums für die Subventionierung der Steinkohle aufgewendet werde. Es sei eine „Unverschämtheit“, wenn die Folgen unternehmerischer Fehlkalkulation dem Landtag vor die Tür gekippt würden.

Reiner Priggen (GRÜNE) empfahl, verbal abzurüsten. Schließlich hätten 1997 alle als Konsens vereinbart, die Zechen zu reduzieren. „Wenn man immer wieder sagt, es gibt eine Perspektive für die Kohle, dann macht man die Augen zu und gaukelt sich was vor“, betonte er

und fragte: „Was haben die Schachtbauunternehmen gemacht, um das sinkende Auftragsvolumen aufzufangen?“

Dietmar Brockes (FDP) wandte sich an die SPD-Fraktion: „Ich bin enttäuscht, dass Sie, Herr Römer, in alter Bergmannsmanier nach dem Staat gerufen haben“, sagte er und fragte nach der Verantwortung des Managements und des Aufsichtsrats von HDH.

Harald Schartau (SPD) nahm Bezug auf die demonstrierenden Kumpel vor der Tür des Landtags: „Was sagen wir denn den Leuten, die keine Perspektive haben und Unterstützung erwarten?“ Ob man sagen solle, dass das Einzige, was die Kälte draußen noch überboten habe, die Kälte im Plenarsaal gewesen sei?

Christian Weisbrich (CDU) entgegnete: „Dieser Antrag verdeutlicht ein erschreckendes Maß an Realitätsverlust und Urteilsschwäche.“ Der SPD riet er, mit dem „Werfen von Nebelkerzen“ aufzuhören. Die CDU wolle den sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Bergbau, stehe aber zu den geschlossenen Verträgen.

Ralf Witzel (FDP) wies auf einen notwendigen Kurswechsel hin: „Das Land ist pleite und damit bedeutet jeder Euro Subvention, dass an anderer Stelle weniger Zukunft stattfindet, weniger Innovation.“ Unterschiedliche Arbeitnehmergruppen dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) bekannte: „Ich nehme die Nöte der Bergleute sehr ernst.“ Das Bergbauunternehmen HDH befände sich zweifellos in einer Krise. Der Blick sollte darauf gerichtet sein, ob es gelinge, eine Insolvenz zu vermeiden ohne zusätzliche Subventionen. Die Ministerin: „Ich sehe meine Aufgabe darin, mit kühlem Kopf zu sondieren.“ Da die Bundesknappschaft die Sozialbeiträge für die Mitarbeiter bis Ende Juni gestundet habe, sei ein Zeitfenster für diese Sondierung geöffnet worden.

Marc Jan Eumann (SPD) warf Koalition und Regierung „ein kaltes Herz“ vor: Es gehe schließlich um die Beschäftigten im Ruhrgebiet und ihre Familien. Eine Lösung gebe es nur, wenn die Ministerin alle Beteiligten an einen Tisch hole. Schwarz-Gelb setze mit seiner Politik den bisher erfolgreichen „Strukturwandel ohne soziale Brüche“ aufs Spiel.

Josef Hovenjürgen (CDU) nannte es „kalt-schnäuzig“, wie hier mit den Sorgen der Bergleute gespielt werde. Jeder Arbeitsplatzverlust schmerze, aber HDH habe eine vorausschauende Unternehmenspolitik versäumt. Der Staat könne nicht bei allen eintreten, die „unternehmerisch daneben liegen“. ■

Rolle der Bundeswehr

Landtag berät über Einsatz von Soldaten

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag „Kein Bundeswehreinsatz für polizeiliche Aufgaben bei der Fußballweltmeisterschaft“ (Drs. 14/1435 neu) davor gewarnt, die Streitkräfte außer für sanitätsdienstliche und logistische Unterstützung auch für polizeiliche Aufgaben einzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt, der Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs. 14/1488) dagegen angenommen.

Hans Theo Peschkes (SPD) fand, mit der Forderung des Bundeswehreinsatzes bei der Weltmeisterschaft würden von Unionspolitikern „Ängste vor terroristischen Übergriffen geschürt, um die Bundeswehr als Reservepolizei einführen zu können“. Die Polizei in NRW gewährleiste die öffentliche Sicherheit auch ohne Bundeswehr.

Manfred Luckey (CDU) stellte richtig: Es sei zu keinem Zeitpunkt gewollt worden, die Bundeswehr zur Weltmeisterschaft einzusetzen. Aber Rechtsklarheit über neue Einsatzgrundsätze der Streitkräfte müsse man herstellen dürfen.

Monika Düker (GRÜNE) zeigte sich über die FDP enttäuscht, weil sie sich nicht dazu bekenne, „keine Bundeswehreinsätze im Innern haben zu wollen, weil wir sie a) nicht brauchen und b) weil sie verfassungsrechtlich nicht vorgesehen sind und wir nicht vorhaben, an diesen Grundsätzen der Verfassung etwas zu ändern“.

Horst Engel (FDP) erinnerte an die Hilfe, die 2.000 Soldaten beim Weltjugendtag geleistet hätten. So werde es auch bei der Weltmeisterschaft sein, wenn die Streitkräfte den Luftraum überwachen, zur ABC-Abwehr bereitstehen und Hubschrauber für den Transport von Verletzten zur Verfügung stellen. Die FDP halte an der klaren Trennung von Polizei und Bundeswehr fest.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) machte darauf aufmerksam, die Bundeswehr sei aufgrund ihrer Ressourcen „nahezu zwangsläufig ein nicht wegzudenkender Partner bei der Gefahrenabwehr in den Ländern“. Das hätten das Elbhochwasser und das jüngste Winterchaos im Münsterland gezeigt. Man wolle eine fröhliche und unbeschwerte Fußballweltmeisterschaft – „also größtmögliche Freiheit bei bestmöglicher Sicherheit. Ich bin mir völlig sicher, dass wir diese Balance zwischen Freiheit und Sicherheit halten“.



Hans Theo Peschkes (SPD)

Manfred Luckey (CDU)

Monika Düker (GRÜNE)

Horst Engel (FDP)

Innenminister Dr. Ingo Wolf

Fotos: Schälte

Spaß und Anwohnerschutz

NRW will zur Weltmeisterschaft ein guter Gastgeber sein

Das Land rüstet sich zur Fußballweltmeisterschaft. Es bestehe ein erhebliches öffentliches Interesse daran, dass Bürger und Gäste, die keine Eintrittskarte erhalten hätten, Gelegenheit bekommen, die Spiele live mit anderen auf Großleinwänden an zentralen Plätzen verfolgen zu können. Um angesichts des damit verbundenen Lärms eine rechtssichere Möglichkeit zur Durchführung von „Public-Viewing-Veranstaltungen“ zu erhalten, hat der Landtag gegen die Stimmen von SPD und Grünen auf Vorschlag der Landesregierung (Drs. 14/1033) das Immissionsschutzgesetz geändert.

Karl Kress (CDU) warb für Zustimmung: „Damit wird unser Land nicht nur zur Weltmeisterschaft ein wenig offener, freundlicher, sondern insgesamt auch ein wenig fröhlicher werden.“ Er wies dabei auch auf die Lockerung der so genannten Biergartensperrzeit hin und sah es als Fortschritt, dass Veranstaltungen der Gemeinden zur Weltmeisterschaft nicht mehr als Einzelausnahmen zu genehmigen sind, sondern durch Landesgesetz ermöglicht werden.

Stefanie Wiegand (SPD) wollte mit ihrer Fraktion keine „Spaßbremse“ sein, aber es sei ein star-

kes Stück, „dass man hier versucht, uns auf dem Ticket der Public-Viewing-Veranstaltung zur Fußballweltmeisterschaft neue Biergartensperrzeiten unterzujubeln“. Das sei ein alter Wunsch der FDP – ob da der Schwanz mal wieder mit dem Hund wedele?

Johannes Remmel (GRÜNE) ließ keinen Zweifel: „Wir alle wollen eine wunderbare Weltmeisterschaft.“ Über das trojanische Pferd Weltmeisterschaft würden die Biergartenöffnungszeiten generell geregelt und als Zugeständnis der CDU an den kleinen Koalitionspartner eingeführt.

Es sei im Übrigen nicht einsehbar, warum nur Kommunen und nicht auch Dritte die Public-Viewing-Veranstaltungen durchführen dürften.

Horst Engel (FDP) sah es anders: „Wir gewinnen heute wieder ein Stückchen Freiheit zurück.“ Das gesamte Freizeitverhalten der Menschen habe sich geändert. Dem zu entsprechen sei bislang an der Uneinsichtigkeit der Grünen gescheitert. Die Öffnung bis 24 Uhr sei die fortschrittlichste Regelung aller Bundesländer – fair und ausgewogen: „Hier geht nichts zulasten der Anwohner.“

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) hielt Rot-Grün vor: „Sie sehen das Thema verkniffen.“ Im Gegensatz zum abendlichen Leben in südlichen Ländern „werden bei uns die Städte immer trauriger“. Es gehe auch um Arbeitsplätze, sagte der Minister und wurde politisch: „Die Alt-68er verweigern sich bei diesem Thema, sitzen abends immer zuhause und machen ihr Fläschchen auf, während wir als bürgerliche Parteien die Menschen auffordern, mal wieder in die Gastronomie zu gehen“.

„Wir stehen voll im Leben“

Petitionsausschuss berichtet über stetige Flut von Eingaben

Fast 2.000 Petitionen sind in den wenigen Monaten vom Beginn der 14. Wahlperiode bis zum Ende des vergangenen Jahres beim Petitionsausschuss des Landtags NRW eingegangen. Davon hat der Ausschuss bereits 1.790 abschließend bearbeitet. Das berichtete die Vorsitzende des Ausschusses, Inge Howe (SPD), in der Plenarsitzung des Landtags Mitte vergangenen Monats. „Mit der Petitionsarbeit steht man wirklich voll im Leben“, erklärte sie bei der Vorstellung des ersten Halbjahresberichts der neuen Wahlperiode.

Die meisten Petitionen gingen im Bereich Soziales (20,5 Prozent) ein, gefolgt vom Ausländerrecht (10,8 Prozent), wobei letzteres eine deutlich rückläufige Tendenz aufweist: Im ersten Halbjahr 2005 hatten ausländerrechtliche Petitionen noch einen Anteil von 18,4 Prozent. Andere wichtige Schwerpunkte sind die Bereiche der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) mit zehn und Bauen und Wohnen mit 8,4 Prozent. Weiter intensivieren, so Inge Howe, will der Petitionsausschuss seine Öffentlichkeitsarbeit und den direkten Kontakt zu den Bürgern. Neben den monatlichen Bürgersprechstunden in der Düsseldorfer Villa Horion werden die Ausschussmitglieder auch künftig durchs Land reisen. Fortsetzen will man auch die erfolgreichen Telefonaktionen in Zeitungsredaktionen.

Deutlich kritisierte die Vorsitzende bei ihrem Bericht das Verhalten einer Bauaufsichtsbehörde. Die versuchte nämlich eine Petition dadurch zu konterkarieren, dass sie gegen den Bürger, der sich gegen einen so genannten Schnäppchenmarkt in einem allgemeinen Wohngebiet wandte, wegen seines angeblich illegalen Gartenhäuschens auf seinem Grundstück einschritt. Dieses Verhalten könne nicht hingegenommen werden, zumal dadurch das Recht, eine Petition einlegen zu können, unterlaufen werden solle.

Für Hilfe sorgte der Petitionsausschuss im Bereich der sozialen Sicherung. So hat er dafür gesorgt, dass ein Streit über die Übernahme der Kosten zwischen einer Krankenkasse und einem Sozialhilfeträger eines schwer behinderten Kindes und nicht auf dem Rücken der Mutter ausgetragen wurde. Nach einem Erörterungstermin konnte eine kontinuierliche Weiterbehandlung des Jungen gewährleistet werden. Der Streit um die Kostenträgerschaft wird nun zwischen den beiden Trägern untereinander geklärt.

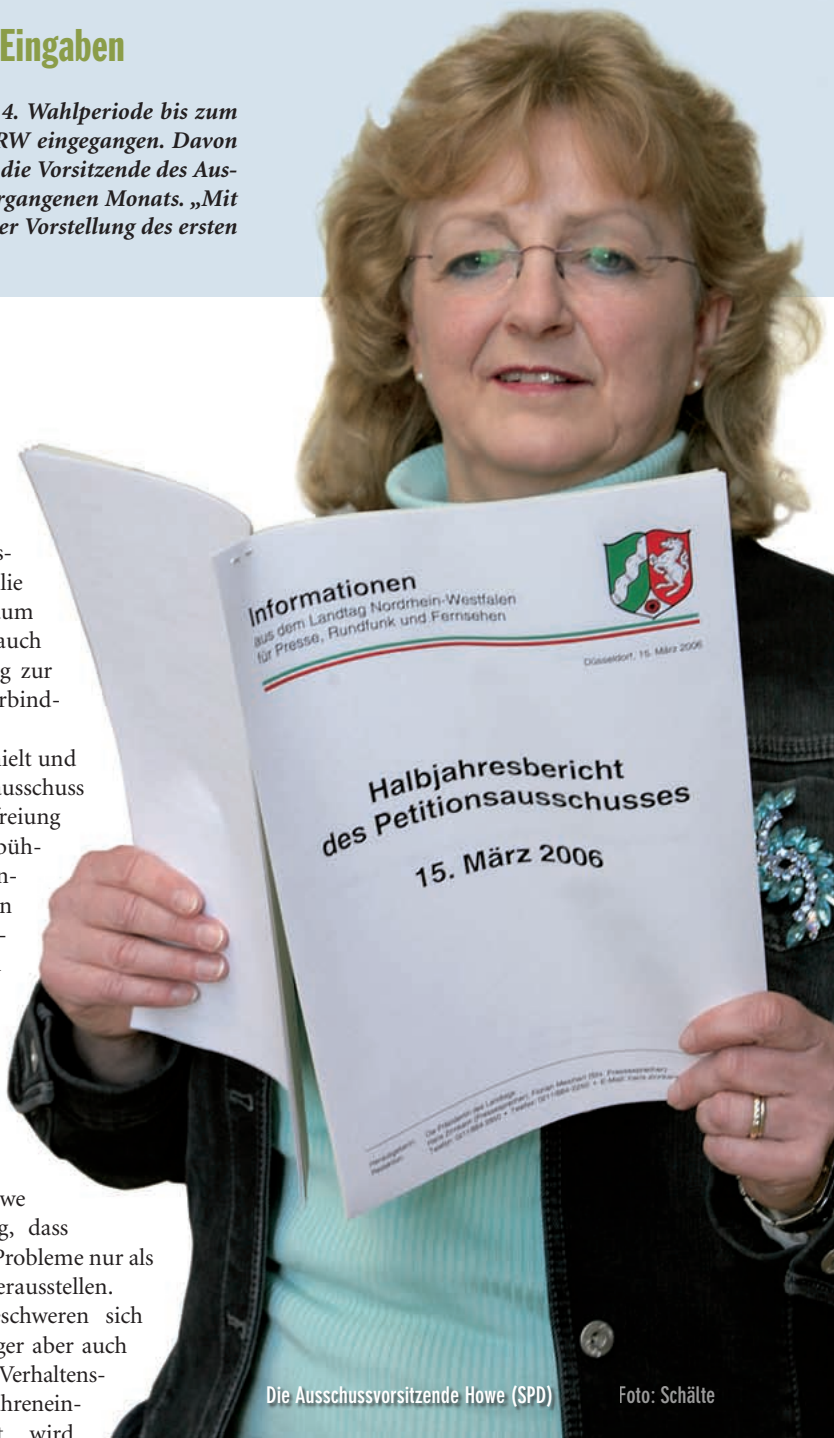
Erfolgreich war der Petitionsausschuss auch in der Angelegenheit einer Familie, in der der 37-jährige Sohn im Jahre 2001 plötzlich aufgrund eines Herz-Kreislauf-Stillstandes ins Wachkoma fiel. Die Eltern hatten vorher für die aufstrebende Firma des Sohnes gebürgt und wurden nun nach dessen Ausfall und der eingetretenen Insolvenz der Firma mit Verbindlich-

keiten in Höhe von rund 300.000 Euro konfrontiert. Die Zwangsversteigerung des Hauses drohte. Durch Vermittlung des Ausschusses gelang es, der Familie nicht nur den Wohnraum zu erhalten, sondern auch eine tragbare Regelung zur Tilgung der Rechtsverbindlichkeiten zu finden.

Viele Eingaben erhielt und erhält der Petitionsausschuss zum Thema „Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht“. Nach Inkrafttreten des achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages werden viele Menschen trotz geringer Einkünfte nicht mehr von den Rundfunkgebühren befreit. Hier scheint es Regelungsbedarf zu geben. Die Ausschussvorsitzende Howe äußerte die Hoffnung, dass sich die geschilderten Probleme nur als Startschwierigkeiten herausstellen.

Ganz konkret beschwerten sich Bürgerinnen und Bürger aber auch über die Arbeits- und Verhaltensweise der GEZ (Gebühreneinzugszentrale). Gerügt wird insbesondere die schwere Erreichbarkeit der Stelle, das Nichteingehen auf konkrete Anliegen, aber auch der zum Teil unfreundliche Umgang. Der Petitionsausschuss wird die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten und hat bereits die für diesen Bereich zuständige Staatskanzlei des Landes auf die vorgetragenen Missstände hingewiesen.

Unter den zahlreichen Eingaben, die den Ausschuss erreichen, gibt es immer wieder auch einmal Anlass zum Schmunzeln. So zum



Die Ausschussvorsitzende Howe (SPD)

Foto: Schälte

Beispiel im Falle eines Autofahrers, der sich gegen ein Bußgeld wegen Geschwindigkeitsüberschreitung mit dem „durchschlagenden“ Argument wandte, er sei nicht sehr groß und könne deshalb den Tacho seines Wagens nicht erkennen, weil das Lenkrad seine Sicht behindere. In dieser verfahrenen Angelegenheit sah sich der Petitionsausschuss allerdings nicht zur Hilfe imstande. ■

So vielfältig wie das Leben selbst

Interviews mit Mitgliedern des Petitionsausschusses

Der Soziologe Max Weber bezeichnete vor rund 100 Jahren das Parlament als „letzte Appellationsinstanz der von der Bürokratie geknechteten Bürger“. Mit Blick auf den Petitionsausschuss des Landtags scheint das heute so aktuell wie damals zu sein. Dieses Gremium ist immer noch und immer stärker gefragt, das zeigt die Vielzahl an Eingaben, die das nordrhein-westfälische Landesparlament erreichen – rund 4.000 pro Jahr. Über den Aufgabenbereich des Petitionsausschusses, seine Handlungsmöglichkeiten sowie auch seine Kompetenzgrenzen sprach „Landtag intern“ mit den SprecherInnen und Sprechern des Ausschusses Reinhold Senderk (CDU), Elisabeth Veldhues (SPD), Sigrid Beer (GRÜNE) und Holger Ellerbrock (FDP).

Die Zahl der beim Landtag eingehenden Petitionen steigt. Woran liegt das? Mangelt es Ämtern und Behörden zunehmend an Bürgerfreundlichkeit oder werden die Bürger selbstbewusster?

Senderk: Ich erlebe, dass die Behörden im Gegensatz zu früher schon deutlich mehr Bürgerfreundlichkeit zeigen. Bürgerinnen und Bürger sind heutzutage aber tatsächlich eher bereit, ihren Ärger über Ämter und Behörden offen auszusprechen und einfach mal Dampf abzulassen. Der Petitionsausschuss stellt



Reinhold Senderk (CDU)

hier eine willkommene Anlaufstelle dar. Der Ausschuss samt seiner Verwaltung leistet aber auch hervorragende Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören die monatlichen Bürgersprechstunden in der Villa Horion ebenso wie die auswärtigen Sprechstunden sowie die Telefonaktionen in Zusammenarbeit mit lokalen Tageszeitungen. Und die hohe Zahl an Rückmeldungen auf diese Aktionen zeigt, dass wir hiermit auf einem guten Kurs liegen. Ich möchte an dieser Stelle die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, ihre Rechte auch weiterhin wahrzunehmen.

Veldhues: In erster Linie hängt das sicherlich mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zusammen. Die wissen, dass es bei der Auslegung von Gesetzen oftmals einen Ermessensspielraum der Behörden gibt. Und dass sie diesen in ihrem Sinne positiv nutzen wollen, ist nur legitim. Darüber hinaus ist die zunehmende Zahl an Eingaben aber auch auf die Niedrigschwelligkeit der Hilfsangebote zurückzuführen. Dazu gehören beispielsweise die Bürgersprechstunden oder Telefonaktionen des Petitionsausschusses. Ich erinnere mich an eine Außensprechstunde in Bielefeld, zu der rund 50 Bürgerinnen und Bürger erschienen waren. Die wären wahrscheinlich niemals auf die Idee gekommen, sich hinzusetzen und ihre Anliegen schriftlich zu verfassen. Aber das direkte Gesprächsangebot vor Ort hat sie dann doch dazu bewogen. Diesen Weg muss der Ausschuss auch weiterhin verfolgen, um eventuell vorhandene Hemmschwellen so weit wie möglich abzubauen.

Beer: Ich glaube, dass das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach einem Anlaufpunkt, an den sie sich mit ihren Problemen wenden können, sehr groß ist. Dass die Menschen hierzulande immer häufiger von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, hängt mit der guten Öffentlichkeitsarbeit des Petitionsausschusses während der letzten Jahre zusammen. Sicherlich lässt sich die Kommunikation aber noch weiter optimieren. Wir stellen jedoch fest, dass der Petitionsausschuss in NRW ein hohes Ansehen genießt. Das merken wir beispielsweise bei den Bürgersprechstunden vor Ort, die wir über die Regionen verteilt anbieten und die immer sehr gut angenommen werden.

Ellerbrock: Beides ist sicherlich richtig. Es kommt aber noch ein dritter Faktor hinzu: Die

Zahl der Bürgerinnen und Bürger nimmt zu, denen der geringste Anlass genügt, um sämtliche Rechte ungeachtet der Notwendigkeit und Sinnfälligkeit bis ins Letzte auszuschöpfen. Wir leben in dieser Hinsicht in einem negativ verstandenen Rechtsstaat. Jeder verlangt nach seinem Recht. Und wenn er es auf normalem Wege nicht bekommt, dann wendet er sich beispielsweise an den Petitionsausschuss. Mir persönlich mangelt es dann an Verständnis, wenn sich Petenten rechthaberisch an den Ausschuss wenden, um gegen eindeutig geklärte Rechtsstatbestände nochmals vorgehen zu wollen. Nur damit man mich nicht missversteht, ich möchte das verfassungsrechtlich verbürgte Petitionsrecht der Bürger nicht in Frage stellen. Die Eingriffsmöglichkeiten des Petitionsausschusses haben jedoch Grenzen.

Auf der Suche nach Hilfe setzt so mancher Petent seine letzte Hoffnung in den Petitionsausschuss. Fungiert der Ausschuss als eine Art „Überinstanz“, wenn der Rechtsweg bereits ausgeschöpft ist?



Elisabeth Veldhues (SPD)

Senderk: Sicher nicht als Überinstanz, sondern als Vertrauensinstitution und Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Kein anderer Ausschuss ist dem Bürger so nahe wie der Petitionsausschuss. Unsere Aufgabe ist es, zunächst einmal den Grund einer Beschwerde aufzunehmen, um dann in einem zweiten Schritt detailliert zu prüfen, ob und wie dem Petenten mit seinem konkreten Anliegen geholfen werden kann. Der Ausschuss nimmt hier in eine Art anwaltliche Funktion wahr. Dabei sind wir in der guten Position, dass wir bei der Bearbeitung von Eingaben auch auf den Sachverstand der Fachministerien zurückgreifen können. Allerdings sind dem Petitionsausschuss rechtliche Grenzen gesetzt. Wenn es sich beispielsweise um laufende Verfahren handelt, ist die Sache

für uns beendet. Ohne Gesetze aushebeln zu können oder zu wollen, lässt sich aber auch bei rechtlich eindeutigen Sachlagen noch einiges über Gespräche bewegen.

Veldhues: Die Bezeichnung Überinstanz weckt sicherlich falsche Assoziationen. Natürlich ist auch der Ausschuss an geltende Gesetze gebunden. Ich selbst bezeichne uns gerne als „die Kümmerer des Parlaments“. In den Bürgersprechstunden bin ich immer um ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe bemüht. Und wenn wir Außentermine mit Behörden verabreden, ist mir persönlich daran gelegen, die Gespräche nicht konfrontativ sondern kooperativ zu gestalten. Es gibt jedoch auch Fälle, bei denen der Petitionsausschuss an seine Einflussgrenzen stößt. Und selbst wenn eine Petition letztendlich scheitern sollte, hilft vielen Bürgerinnen und Bürgern allein schon die Gewissheit, restlos alle Möglichkeiten ausgeschöpft und nichts unversucht gelassen zu haben, über ihren Ärger hinweg.

Beer: Der Petitionsausschuss wird zwar oft als „letzte Instanz“ bezeichnet. Ich will aber nicht verhehlen, dass auch die Rechte des Petitionsausschusses an Grenzen stoßen. Wir haben in der Bundesrepublik eine klare Gewaltenteilung, über die sich selbstverständlich auch der Ausschuss nicht hinwegsetzen kann. So können wir beispielsweise keine Gerichtsbeschlüsse außer Kraft setzen oder in laufende Verfahren eingreifen. Jede eingegangene Petition wird sehr genau auf ihre Zulässigkeit geprüft. Es kommt aber durchaus vor, dass wir die Grundlage eines Verfahrens nochmals genauer unter die Lupe nehmen. Sollte sich hierbei herausstellen, dass das Verfahren auf einer falschen Ausgangslage fußt, dann gibt es gegebenenfalls die Chance, Fälle erneut aufzurollen. Ein Großteil der Arbeit des Petitionsausschusses fällt auch in den Bereich der Moderation. Konkret bemüht sich Ausschuss darum, die oftmals verhärteten Fronten zwischen Petenten und Behörden aufzuweichen und überhaupt wieder eine Gesprächsbereitschaft herzustellen. In diesen Fällen ist das diplomatische Geschick der Ausschussmitglieder gefragt.



Sigrid Beer (GRÜNE)

Ellerbrock: Der Petitionsausschuss ist keine Überinstanz, da auch er an Recht und Gesetz gebunden ist. Leider gibt es jedoch immer wieder schwarze Schafe, die den Ausschuss missbrauchen wollen, um persönlich Profit daraus zu schlagen. Und dagegen müssen wir uns wehren. Wir setzen kein eigenes Recht. Wir sind auch kein Obergericht, das abgeschlossene Verfahren wieder aufrollen könnte. Da, wo es möglich ist und es eine noch so kleine Aussicht auf Erfolg gibt, wird der Petitionsausschuss alle Mittel ausschöpfen, um dem Petenten zu helfen. Hilfe, wem Hilfe gebührt, aber nicht Hilfe für diejenigen, die die Not der Petenten ausnutzen, um sich daran zu bereichern. An dieser Stelle muss ich übrigens ein Lob an unsere Verwaltung aussprechen, die solche zum Scheitern verurteilten Eingaben meist von Anfang an deutlich kennzeichnet.

Welche Petition ist Ihnen in besonderer Weise in Erinnerung geblieben?

Sendker: Natürlich erlebt man im täglichen Geschäft viele tragische Fälle. Umso mehr bereitet es innere Genugtuung, wenn man gerade in solch einem Fall helfen konnte. Gott sei Dank erleben wir hin und wieder aber auch Petitionen, die Anlass zum Schmunzeln bieten. Ich denke da beispielsweise an den Fall eines zur Bundeswehr einberufenen Studenten, der seine Eingabe vor dem Hintergrund der Einführung von Studiengebühren ab 2007 verfasst hatte. Durch den Wehrdienst gingen ihm jetzt zwei beitragsfreie Semester verloren und er bat darum, ihm diese Beitragsfreiheit für den Zeitraum nach 2007 gutzuschreiben.

Veldhues: Zu den kuriosesten Petitionen gehörte zweifellos der auch im Halbjahresbericht erwähnte Fall eines Pkw-Fahrers, der einer Bußgeldforderung wegen Geschwindigkeitsüberschreitung zu entgehen versuchte, indem er auf seine geringe Körpergröße anspielte, die es ihm nicht ermögli- che, den Tacho seines Wagens abzulesen. Wirklich be-

lastend waren für mich hingegen Fälle, bei denen sich Menschen – insbesondere Eltern samt ihren Kindern – mit Abschiebebescheiden an den Petitionsausschuss gewandt haben und uns rechtlich die Hände gebunden waren.

Beer: Ohne auf konkrete Fälle näher eingehen zu wollen, finde ich grundsätzlich all die Fälle besonders tragisch, bei denen es um die Entscheidung geht, ob Menschen abgeschoben werden oder nicht. Insbesondere dann, wenn es um Menschen geht, die bereits seit vielen Jahren im Land leben und gut integriert sind. Das gilt besonders für Kinder, die hier aufgewachsen sind und NRW als ihre Heimat begreifen, ihre sozialen Kontakte in unserer Gesellschaft und im Prinzip keinen direkten Bezug mehr zu dem Heimatland ihrer Eltern haben. Das sind in jedem Einzelfall ganz harte Entscheidungen, die niemals zur Routine werden dürfen.

Ellerbrock: Der Petitionsausschuss befasst sich wie kein anderer Ausschuss mit dem prallen Leben. Wir erleben die 64-jährige



Fotos: Schälte

Holger Ellerbrock (FDP)

Bordellinhaberin, die angibt mittellos zu sein, wenn sie ihr Bordell nicht noch bis zur Rente weiterführen darf. Wir erleben den Immigranten, der sich hierzulande wohl fühlt und aus nachvollziehbaren Gründen gegen eine Abschiebung zu wehren versucht. Wir beschäftigen uns mit Versicherungsentscheidungen oder Fragen des Baurechts. Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Die Mischung dieser sehr unterschiedlichen Bereiche macht letztendlich den Reiz der Arbeit im Petitionsausschuss aus.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.



Erörterungsgespräch des Petitionsausschusses mit Petenten. Der Ausschuss wird auf diesem Bild vertreten durch Cornelia Ruhkemper (SPD, r.) und Franz Muschkiet (2.v.r.)

Foto: Schälte

Probleme lösen im Gespräch

Petitionsausschuss kümmert sich um wachsende Zahl von Eingaben

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“, heißt es im Grundgesetz Artikel 17. Auf dieses Grundrecht bezieht sich auch die NRW-Verfassung. Sie regelt seit 1969 in Artikel 41a die Pflicht der Landesbehörden zur Auskunft in Petitionssachen. Jährlich erreichen den Petitionsausschuss des Landtags rund 4.000 Petitionen. Anhand eines tragischen Falles soll die Arbeit des Ausschusses nachgezeichnet werden.

Paul B. wurde Opfer der Willkür des nationalsozialistischen Regimes. In der Schule deklassierte ihn sein Rektor als „erheblich minderwertig“ und als „Schulbeispiel für asoziales Verhalten infolge Erbanlage“. Paul war ein Heimkind, das aus schwierigen Familienverhältnissen stammte. Später wurde er von einem Provinzialmedizinalrat als geisteskrank eingestuft. Die Behörde ordnete die Unterbringung in einer Anstalt für Geisteskranke an. Demütigungen, körperliche Misshandlungen, katastrophale hygienische Verhältnisse und Mangelernährung gehörten dort zum Alltag. Die Sterberate in den so genannten „Heilanstalten“ war hoch. Paul B. überlebte. Viele Jahrzehnte nach den erlebten Demütigungen wandte sich er schließlich im Jahr 2000 Hilfe suchend an den Petitionsausschuss des Landtags.

Der Petitionsausschuss behandelt alle Anliegen, die sich auf Verwaltungsmaßnahmen von Ämtern und Landesbehörden beziehen. Dazu gehören Ministerien, Bezirksregierungen, Gemeinden, Kreise und Städte sowie die Landesversicherungsanstalten, die Polizei und die Schulen. Die 22 Abgeordneten des Ausschusses

kümmern sich, unterstützt von 20 Verwaltungsangestellten und Beamten der Petitionsabteilung, um die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Bei der Formulierung einer Petition (lateinisch *petitio* = Ersuchen) gibt es keinerlei Formvorschriften. Jeder soll sein Anliegen so vortragen können, wie es ihm seine Ausdrucksmöglichkeiten erlauben.

Seit jüngstem gibt es einen Modellversuch, Petitionen über ein Formular im Internet einzureichen, wenngleich auch eine schriftliche Ausführung mit Unterschrift nachgeschoben werden muss. Ziel ist es, Hemmschwellen abzubauen und den Kontakt zum Ausschuss zu erleichtern. Diese Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses macht sich bezahlt: Entgegen dem Bundestrend ist der Eingang von Petitionen in NRW stetig gestiegen und hat sich auf hohem Niveau eingependelt.

Nach Eingang einer Petition wird sie auf ihre Zulässigkeit geprüft. Petitionen, die anonym gestellt worden sind oder gegen geltendes Recht verstoßen, werden zurückgewiesen. Nach einer ersten Prüfung kann der Ausschuss von den beteiligten Ministerien Stellungnahmen einholen oder die für den Fall relevanten

Akten einsehen. Er kann auch vor Ort ermitteln und Gespräche führen.

Im Fall von Paul B. wurden mehrere Anhörungstermine anberaumt, bei denen der Petent über seine menschenunwürdige Behandlung berichtete. Ein Experte, der sich mit der Psychiatrie im Dritten Reich befasst und die Krankenakte des Petenten begutachtet hatte, wertete dessen Aussagen als plausibel und glaubwürdig.

Nachdem sich der Petitionsausschuss durch Einsicht in die Akten, der Anhörung des Opfers und der zuständigen Behörden informiert hatte, empfahl er dem Innenministerium, nach den Richtlinien der Landesregierung für den Härtefonds zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus Paul B. eine laufende Beihilfe zu bewilligen. Dieser Empfehlung folgten das Innenministerium und der Beirat. Paul B. erhält jetzt eine monatliche Beihilfe von 260 Euro. Doch der Ausschuss erreichte noch etwas anderes: So entschuldigte sich der Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe persönlich für das Unrecht, das Paul B. in Anstalten des Dritten Reiches widerfahren ist, die heute im westfälischen Landesteil liegen. **TNK**

Rückenwind für Rhein-Ruhr-Express

Bahn-Chef Mehdorn zieht positive Bilanz im Verkehrsausschuss

Pünktlich, allerdings mit dem Auto und nicht mit der Bahn, erreichte Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bahn AG, den Landtag. Mit Spannung erwarteten die Mitglieder des Verkehrsausschusses (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) Ende März seine Ausführungen zu aktuellen Fragen und Zukunftsperspektiven der Deutschen Bahn. Und tatsächlich hatte der Bahn-Chef so manche Überraschung im Gepäck – leider nicht nur angenehme. So kündigte er an, die Zugfrequenz auf der Strecke von Düsseldorf über Kassel nach Weimar wegen Unwirtschaftlichkeit deutlich herunterzufahren. Offene Türen rannte Mehdorn bei den Abgeordneten hingegen mit seinem eindeutigen Bekenntnis zum Rhein-Ruhr-Express ein.

60 Millionen will die Bahn für den Ausbau des Verkehrsknotenpunkts Köln-Deutz vorfinanzieren und somit den geplanten Rhein-Ruhr-Express (RRX) zwischen Dortmund und Köln vorantreiben. Mit dieser Ankündigung sorgte Hartmut Mehdorn für Freude bei den Abgeordneten. Er wollte endlich mit dem Vorurteil aufräumen, die Deutsche Bahn versuche den RRX zu verhindern. Im Gegenteil habe sich die Bahn von Anfang an für den Ausbau der Strecke ausgesprochen. Schuld für die Verzögerungen trage die Bundesregierung. Die habe bereits 2004 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis sei für Ende 2005 zugesagt worden, liege aber bis heute nicht vor. „Wir wissen alles. Wir brauchen keine weiteren Gutachten. Lassen Sie uns in die Puschen kommen“, appellierte er an die Politik. Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) wertete die Finanzierungszusage als „Quantensprung für das Projekt RRX“.

Ob auch ein Ausbau der zweiten Engstelle am Verkehrsknotenpunkt Hamm geplant sei, wollten die Abgeordneten wissen. Diese stehe jedoch in absehbarer Zeit nicht zur Debatte. Grund: Für den Ausbau fehlt es an den nötigen Finanzmitteln.

Schlechte Nachrichten hatte Mehdorn auch mit Blick auf die Mitte-Deutschland-Linie: Die Verbindung sei so schlecht ausgelastet – teilweise wurden nur 40 Fahrgäste pro Zug gezählt –, dass die Frequenz von täglich neun Zügen ab Dezember auf fünf reduziert werde. Derzeit fahre die Bahn auf dieser Strecke jährlich einen zweistelligen Millionenverlust ein. Kein Verständnis zeigten die Abgeordneten dafür, dass gerade die durch Berufspendler am besten frequentierten Zugverbindungen am Morgen und am späten Nachmittag gestrichen werden sollen. Darüber hinaus seien mehr als 200 Millionen Euro in den Ausbau der Ost-West-Verbindung geflossen.

Doch es blieb auch noch Positives zu melden: So kündigte Mehdorn mit dem Fahrplanwechsel Ende 2006 eine Verstärkung der Linie zwischen dem Ruhrgebiet und Bayern an. Der bisherige Zwei-Stunden-Takt werde zum Stunden-Takt verdichtet und die Fahrzeit um

„gut eine halbe Stunde“ verkürzt. Auch bei den im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft stehenden Bahn-Projekten befände man sich „voll im Zeitplan“. Dazu gehören der Umbau der Stationen Dortmund-Westfalahalle und des Gelsenkirchener Hauptbahnhofs ebenso wie der Neubau der Station Köln Weiden-West.

Offene Fragen gebe es hingegen noch bei der „Betuwe-Linie“ sowie beim „Eisernen Rhein“. Der viel diskutierte Bau eines dritten Gleises auf der Güterstrecke zwischen Emmerich und Oberhausen befände sich „derzeit nicht in der mittelfristigen Investitionsplanung des Bundes“ und wird wahrscheinlich „erst 2010, eher 2015“ realisiert werden können. Bis dahin sei die Ka-

pazität der zweigleisigen Strecke jedoch „ausreichend“. Auch einer Reaktivierung der seit 1991 stillgelegten Güterverkehrsstrecke „Eiserner Rhein“ zwischen Antwerpen und NRW stehe er aufgeschlossen gegenüber. Anders als die Landesregierung sieht er keine Notwendigkeit für ein erneutes Gutachten.

Insgesamt zog Mehdorn eine positive Bilanz: Die Bahn habe 2005 „das beste Ergebnis ihrer Geschichte“ erzielt. So sei der Gesamtumsatz trotz wachsenden Wettbewerbs um fünf Prozent auf über 25 Millionen Euro gestiegen. Seit Beginn der Bahnreform im Jahre 1994 habe die Bahn beim Personenverkehr um knapp 20 Prozent, beim Güterverkehr sogar um 40 Prozent zulegen können. Zudem habe sein Unternehmen einen neuen Rekord bei den Fahrgastzahlen aufgestellt. Allein der Nahverkehr in NRW befördere täglich über 800.000 Fahrgäste. Sowohl die Kundenzufriedenheit als auch die Pünktlichkeit sei gestiegen. Letztere liege bei 94 Prozent. „Das ist gut, aber noch nicht gut genug“, resümierte Mehdorn. „Wir arbeiten weiter daran, dass es noch besser wird.“

Zum Ende der Sitzung blieb bei den Abgeordneten die Hoffnung, dass der Bahn-Chef seinen Worten auch Taten folgen lässt. *ax*



Schnellen Schrittes und mit den neusten Unternehmenszahlen unter dem Arm erreichte Bahn-Chef Hartmut Mehdorn den Landtag

Foto: Schälte

Kopfnoten bereiten Kopfzerbrechen

Machtinstrument oder Schritt zu mehr sozialer Kompetenz?

Ihrer Position auf früheren Zeugnissen verdanken die Kopfnoten den Namen. Die Landesregierung plant eine Wiederbelebung der einst als überholt abgeschafften Zensuren für Betragen, Motivation und soziale Kompetenz und stellte deren Wiedereinführung als einen der Eckpunkte des neuen Schulgesetzes vor. Über das Für und Wider von Kopfnoten diskutierten die Sachverständige in einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD).

Die „eindimensionale Orientierung an Ordnung, Fleiß und Pünktlichkeit“ der Kopfnote berge die Gefahr, Kinder mit schwierigem sozialen Hintergrund zusätzlich zu benachteiligen. Denn gerade sie seien es, welche so genannte Sekundärtugenden seltener aus dem Elternhaus mitbrächten, argumentiert der Antrag der GRÜNE-Fraktion „Individuelle Lernberatung und motivierende Leistungsbeurteilung statt Kopfnoten“ (Drs. 14/1110), der die Grundlage des Expertengesprächs bildete.

Das Auftaktargument des Antrags, dass bei allen bildungspolitischen Reformen die Frage nach dem Kindeswohl entscheidend sein müsse, nahm Professor Peter J. Brenner als Vertreter des Instituts für Medienevaluation, Schulentwicklung und Wissenschaftsberatung aufs Korn. „Die Frage nach dem Kindeswohl ist die eines Scheidungsrichters. Die Schule hat komplexere Aufgaben“, fand er. Seine Befürwortung der Pläne begründete er mit dem zu erwartenden institutionellen Effekt. „Schule kann nur funktionieren, wenn gewisse Regeln eingehalten werden. Dies wird durch die Kopfnote dokumentiert.“

Seine Nachfolger am Rednerpult vertraten jedoch eine gänzlich andere Auffassung. Für den Pädagogen Otto Herz war die Zensur nichts anderes als ein Machtinstrument, das für die freie Entfaltung des Lernenden kontraproduktiv sei.

„Ziffernnoten sind Unsinn. Die Kopfnoten sind die Steigerung des Unsinn“, fasste Baldur Bertling vom Grundschulverband NRW seine Ablehnung zusammen. Studien bewiesen das Einsetzen von psychischen Störungen in Klasse drei – parallel zur Ablösung der Beurteilungen durch die Chiffren eins bis sechs.

Die Pläne der Landesregierung als wissenschaftlich fragwürdig darzustellen hatte sich Peter Blomert von der städtischen Gesamtschule Espenstraße

in Mönchengladbach zum Ziel gesetzt. „Ihre Fachkompetenz beweisen Lehrer im Staatsexamen. Aber welche überprüfbare Qualifikation haben die Pädagogen zur Erteilung der Kopfnoten? An welchem Curriculum ist die Zensur orientiert und wie sieht es aus mit dem Widerspruchsrecht?“ Die „völlige Theorielosigkeit“ bemängelte auch Professor Wolfgang Böttcher von der Universität Münster. „Vorraussetzung einer Reform ist die Analyse des Ist-Zustands. Daraufhin können Maßnahmen zur Lösung des definierten Problems getroffen, Zuständigkeiten definiert und Handlungsempfehlungen an die Akteure erteilt werden. Schließlich bedarf es wissenschaftlicher Begleitung und Evaluation.“ All dies geschehe nicht.

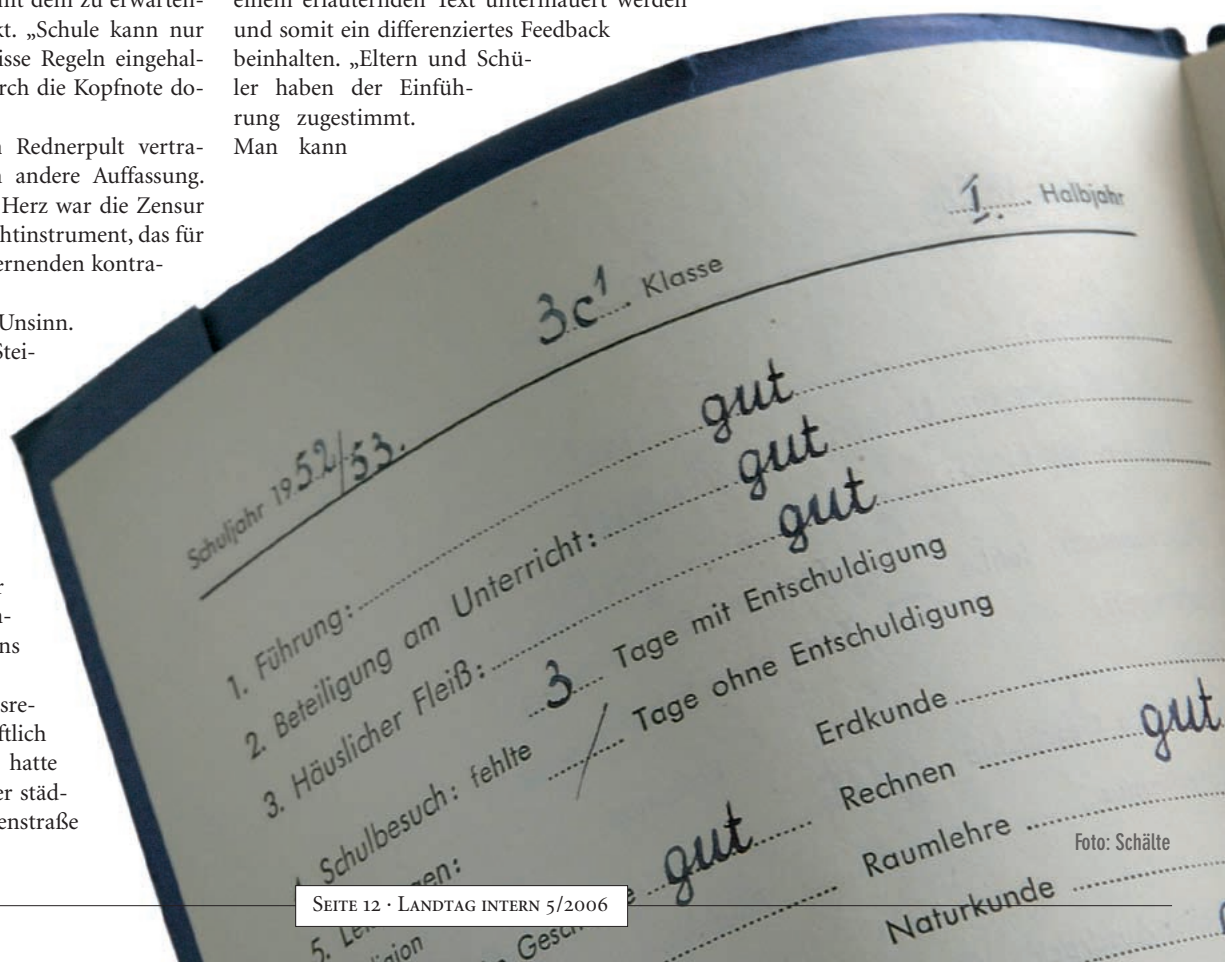
Den Diskussionsschwerpunkt auf die Praxis verlagerte der Rektor der Martin-Luther-King-Hauptschule, Heinz Klein. Die Kölner Lehranstalt erteilt bereits Kopfnoten, die allerdings von einem erläuternden Text untermauert werden und somit ein differenziertes Feedback beinhalten. „Eltern und Schüler haben der Einführung zugestimmt. Man kann

sehr wohl messen, ob jemand beispielsweise seine Bücher mitbringt. Eine Evaluation hat gezeigt, dass die Jugendlichen ihrer Bewertung durch die Lehrer größtenteils zustimmen“, berichtete Klein aus dem Schulalltag. Nicht ausgleichen konnten seine Erfahrungen aus der Praxis jedoch das Fehlen einer Einschätzung aus dem Mund der Betroffenen, den Schülerinnen und Schülern selbst.

Um die Perspektive der Eltern beizusteuern war Michaela Heereman vom Elternverein NRW geladen. „Pflichtbewusstsein und Ordnung geraten immer mehr aus dem Blick des Systems“, kritisierte sie. „Noten für soziales Verhalten können gegensteuern, indem sie die Bereitschaft zu angemessenem Verhalten verbessern und so eine erzieherische Wirkung entfalten.“ Eine eins in sozialer Kompetenz öffne außerdem Türen auf dem Arbeitsmarkt.

Als „richtige Entscheidung“ bezeichnete dementsprechend auch Arbeitgebervertreter Bernhard Keller die Initiative der Landesregierung. „Die Zensur öffnet bereits in der Schule die Augen für die Bedeutung der Sekundärtugenden“, so sein Urteil. Eine gute Bewertung auf diesem Gebiet kompensiere durchaus fachliche Defizite.

YV





Polizei im Wandel

Anhörung im Innenausschuss zur Organisationsreform

Foto: Schälte

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur „Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei“ (Drs. 14/929) war Thema einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Die geplante neue Struktur sieht vor, die Autobahnpolizei nicht mehr von den Bezirksregierungen, sondern fünf Polizeipräsidiien – und zwar denen in Köln, Düsseldorf, Dortmund, Münster sowie Bielefeld – zuzuordnen. Außerdem soll die Wasserschutzpolizei in das für den Standort Duisburg zuständige Polizeipräsidium eingegliedert werden. Ferner sollen das Polizeipräsidium Leverkusen an das Polizeipräsidium Köln und das Polizeipräsidium Mülheim an der Ruhr an das Polizeipräsidium Essen „angedockt“ werden. Ziel der Operation: Verwaltungsstellen einsparen und das Personal im Wach- und Wechseldienst sowie in den Kommissariaten verstärken.

Diese Pläne wurden von der Mehrzahl der Sachverständigen und Experten kritisiert. „Alles andere als richtungweisend“ sei der Gesetzentwurf, dem kein schlüssiges Konzept zugrunde liege, sagte Leverkusens Oberbürgermeister Ernst Kuchler. Es treffe von den 50 Polizeibehörden nur jene zwei, in denen die Leitungsstellen zurzeit vakant seien. Für den Bürger käme der Verlust ihres Polizeipräsidiiums mit dem Verlust eines Stücks Heimat gleich.

Thomas Hendele, Landrat des Kreises Mettmann, bezweifelte, dass Erfahrungen anderer Bundesländer auf NRW übertragbar seien. Nach dem Motto „dezentral vor Ort, zentral im Land“ warnte er vor einer Vermischung von Polizeibehörden mit landesweiten Aufgaben, wie Autobahnpolizei und Wasserschutzpolizei sie hätten.

Frank Richter von der Gewerkschaft der Polizei NRW gab zu bedenken: „Wir haben zwei Modellbehörden, Aachen und Köln. Und wir sollten deren Ergebnisse abwarten. Wir sind in einem Prozess.“ Auch er vermisste ein Gesamtkonzept: „Das hier ist Flickwerk. Es werden mehr Fragen aufgeworfen, als Antworten gegeben.“

Sein Kollege Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft kritisierte, dass eine europaweit agierende Behörde wie die Wasserschutzpolizei zur „Unterabteilung einer Bezirksbehörde“ gemacht werden solle. „Wir wollen uns auf Politiker verlassen können. Das hier ist ein Blindflug, bei dem wir nicht wissen, wohin er führt. So könnte ein Polizeipräsident nicht agieren!“

Ernst Träger vom Bund Deutscher Kriminalbeamter war der erste Experte, der dem Ge-

Draußen vor der Tür – der Andrang der Zuhörerinnen und Zuhörer zur Innenausschussanhörung war so stark, dass einige wegen Überfüllung des Saals keinen Einlass finden konnten. Ausschussvorsitzender Schittges (M.) bat deswegen um Verständnis

setzentwurf immerhin die „richtige Richtung“ attestierte. So begrüßte er die Zuordnung der Wasserschutzpolizei zum Polizeipräsidenten in Duisburg und die Zuordnung der Autobahnpolizei zu den fünf großen Behörden als „sachgerecht“.

Schwachpunkte und Probleme im Gesetzentwurf sah Karl-Heinz Riedel, ehemaliger Polizeidirektor aus Krefeld. Er kritisierte fehlende Standards und forderte einheitliche Organisationsvorgaben. Dafür erschien ihm die Herauslösung der Autobahnpolizei aus den fünf Bezirksregierungen und die Zusammenfassung zu einer einzigen, landesweit zuständigen Autobahnpolizei-Dienststelle sinnvoll.

Georg Hötte widmete sich als Vorsitzender des Polizeibeirates der Wasserschutzpolizei NRW dem Thema Wasserschutzpolizei. Es gebe sehr geringe Schnittmengen zwischen „blauer“ und „grüner“ Polizei, sagte Hötte. Daher sah er keinen sachlich gerechtfertigten Grund zur Auflösung des Präsidiums der Wasserschutzpolizei und zur Eingliederung in das Polizeipräsidium Duisburg. Einsparungen würde das jedenfalls nicht bringen.

Ulrich Dugas, ehemaliger Polizeiinspekteur, fand, hier werde „ins Blaue organisiert“. Die organisatorischen Veränderungen würden zu Dauerstress in den Polizeipräsidiien führen: „Hier werden Zuständigkeiten nicht gebündelt, sondern verschoben.“

Hubert Wimber, Polizeipräsident in Münster, bezeichnete die geplante neue Organisationsform als „suboptimale Lösung, die aber in die richtige Richtung führt“. Es sei jedoch richtig, die Spartenpolizei aufzulösen.

Ministerialdirigent Axel Lüdders vom Innenministerium in Schleswig-Holstein berichtete von dortigen Erfahrungen mit der Umorganisation und sah viele Parallelen zu den geplanten Maßnahmen in NRW. Zu kritisieren hatte er deshalb nichts: „Bei uns ist mehr grüne Polizei auf der Straße angekommen.“

Nachdem auch Jürgen Jakobs von einer Reduzierung der Schutzbereiche in Brandenburg berichtet hatte, bekamen die Abgeordneten Gelegenheit, Fragen zu stellen. Rainer Wendt (Deutsche Polizeigewerkschaft NRW) fasste die Diskussion aus seiner Sicht so zusammen: „Auch dieser Gesetzentwurf wird nicht zu einem Verlust an Sicherheit führen, weil die Polizei gut improvisieren kann. Ein Gesetzentwurf ist aber nicht deshalb gut, weil er keinen erkennbaren Schaden anrichtet.“

DD

Im Kreuzfeuer der Argumente

Experten erörtern Pro und Contra einer Abschaffung der Ausgleichsabgabe

Bürokratisches Überbleibsel aus Zeiten der Wohnungsknappheit oder wichtiges Steuerungsinstrument und unverzichtbare Einnahme für den sozialen Wohnungsbau? Die so genannte Fehlbeleger- oder Ausgleichsabgabe sorgt wieder einmal für Diskussion im Landtag. Sowohl Landesregierung (Drs. 14/795) als auch SPD-Fraktion (Drs. 14/706) haben einen Gesetzentwurf vorgestellt, wollen die Sonderzahlung gut verdienender Mieter von Sozialwohnungen mittelfristig abschaffen beziehungsweise modifizieren. Im Ausschuss für Bauen und Wohnen (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) stellten die Entwürfe sich dem Urteil der Experten in einer Anhörung.

Für die Beibehaltung – und gegen den Regierungsentwurf – sprachen sich die kommunalen Spitzenverbände aus. „Eine Frage der Subventionsgerechtigkeit“, urteilte Gesine Kort-Weiher (StädteTag NRW) und verwies darauf, dass auch angesichts eines sich entspannenden Wohnungsmarktes „der Sozialwohnungsbestand nicht ausreicht, um alle, die einen Anspruch haben, zu versorgen“. Kommunen könnten angesichts leerer Kassen kaum auf Einnahmen von 2004, immerhin 36 Millionen Euro, verzichten. Belege für eine Segregation, also das Entstehen sozialer Brennpunkte, konnten sie bei einer Beibehaltung nicht erkennen.

Selbst wenn einem bei drei Gesetzen, zwei Verordnungen und 800.000 Überprüfungen für 70.000 Bescheide „die Haare zu Berge stehen“, rechtfertige das Argument Bürokratieabbau keine Abschaffung, plädierte auch Stephan Keller namens des Städte- und Gemeindebundes NRW. Dies, so Keller, stehe de facto aber auch im SPD-Entwurf: Wenn man den Schwellenwert für Einkommen, ab denen die Abgabe fällig werde, auf 60 Prozent über dem festgelegten Satz anhebe, „bleiben von 70.000 noch 10.000

Wohnungen übrig“. Das rechne sich nicht mehr. Besser wäre, den Schwellenwert nur auf 30 Prozent anzuheben.

Verschiedene Voten gab es seitens der Mieter. Während Helmut Lierhaus für das Mieterforum Ruhr für die Abgabe plädierte, ging dem Mieterbund, vertreten durch Bernhard von Grünberg, das gestaffelte Ausstiegsszenario nicht schnell genug: „Seien Sie mutig und machen sofort Schluss damit.“ Lierhaus wollte lediglich eine Anpassung des Mietspiegels als Referenzgröße an den Mittelwert. Von Grünberg hingegen sah bei der notwendigen Finanzierung das Land in der Pflicht, die Finanzlücke auszugleichen: „Nicht über das Auspressen der Mieter.“

Günter Ott von der Kölner GAG Immobilien AG kann mit der Ausgleichsabgabe durchaus leben. In Köln hielten sich auch Verwaltungsaufwand und Ertrag die Waage. Große Auszubewegungen wegen der Abgabe konnte er nicht vermelden. Lediglich drei Prozent hätten das als Kündigungsgrund angegeben. Ott schrieb den Kommunen allerdings einen sozial verantwortlicheren Umgang mit Grundstücken ins Stammbuch. Habe man früher Flächen für den sozialen

Wohnungsbau günstiger verkauft, gehe es angesichts leerer Kassen heute nur noch um hohe Erlöse. „Damit rechnet sich sozialer Wohnungsbau immer weniger.“ Einen überaus hohen Verwaltungsaufwand von 20 Prozent beklagte der Dortmunder Leiter des Amtes für Wohnungsweisen, Hans-Peter Neuhaus. Im Gegensatz zu von Grünberg hatte er jedoch „wenig Hoffnung, dass woanders Geld her kommt“, und setzte auch auf eine modifizierte SPD-Lösung.

Rückenwind für eine Abschaffung gab es seitens des Verbandes der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen. Roswitha Sinz zitierte Umfragen, die belegten, dass die Zahlung einer Ausgleichsabgabe oftmals der Tropfen sei, der das Fass zum Überlaufen bringe. Unterstützung fand sie bei Frank Kivelip vom Landesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Er brachte eine Kombination beider Gesetzentwürfe ins Spiel: Sofortige Anhebung der Bemessungsgrenze auf 60 Prozent und dann schnelle Abschaffung.

„Land und Kommunen müssen sich im sozialen Wohnungsbau schon finanziell stärker engagieren“, forderte auch Hartmut Miksch von der Architektenkammer NRW. Die steuernde Wirkung der Ausgleichsabgabe sah er aber nicht: „Wenn heute der Erstbezug richtig erfolgt, besteht kaum ein Risiko, dass Mieter während der Bindungszeit in die Abgabepflicht rutschen.“

Einen Denkansatz anderer Art gab die Dortmunder Professorin Dr. Ruth Becker den Abgeordneten mit auf den Weg: Zum einen brauche man auch auf lange Sicht Sozialwohnungen. Zum anderen sei es aber sicher ein Trugschluss, das Entstehen sozialer Brennpunkte allein über finanzielle Kriterien steuern zu wollen. „Viele allein Erziehende und vor allem ältere Witwen tragen ein hohes Armutsrisiko. Leben in Sozialwohnungen. Tragen die zur sozialen Instabilität bei?“

vok

Zentrale Frage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ...

... – so formulierte Landtagsvizepräsident Edgar Moron (r.) den Auftrag der zweiten Enquetekommission des Landtags. Sie trägt den Titel „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“. Die Kommission hat sich am 24. März konstituiert. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der SPD-Politiker Professor Dr. Rainer Bovermann (L) gewählt. Stellvertretender Kommissionsvorsitzender ist Jürgen Hollstein (CDU)

Foto: Schälte

Zwischenstopp für Fördermittel

Krankenhausfinanzierung bereitet Ökonomen und Praktikern Sorge

2006 soll es keine Bewilligungen von Fördermitteln für Krankenhausinvestitionen geben. Eine Reaktion auf „unsolide Förderpraxis der Vergangenheit“, so begründet die Landesregierung die Zwangspause. Das gefährde die Qualität der gesundheitlichen Versorgung, meint die SPD und fürchtet um die flächendeckende Versorgung. Darum will sie in ihrem Antrag (Drs. 14/712) die übliche Erstellung eines Investitionsprogramms auch im Haushalt 2006. Über mögliche Auswirkungen der Verschiebung und Lösungsansätze für die künftige Krankenhausfinanzierung diskutierten die Abgeordneten bei einer Anhörung mit fast einem Dutzend Experten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD).

Das Finanzierungssystem ist überholt. Jede Änderung im Detail reine Zeitverschwendung“, diagnostizierte Professor Günter Neubauer. Sofort weg müsse die Koppelung der Förderung an die Bettenzahl. „Staatliche Planungsprioritäten können sich in der

förderung – analog zu dem System, das bereits bei der Instandhaltung praktiziert werde.

Die Umstellung auf Fallpauschalen (DRG-System) habe eine Entwicklung beschleunigt, der die politische Planung nur noch hinterher laufe, redete Dr. Ernst Bruckenberger einer Deregulie-

„Tolle Visionen, aber wir brauchen jetzt Lösungen“, entgegnete Dr. Eckehardt Rathje vom Verband der Krankenhausesdirektoren und lenkte den Fokus auf die Finanznot vieler Häuser bei ausbleibender Förderung. Über Verteilungsmechanismen könne man ja diskutieren, die Investitionsförderung an sich sei aber keine Subvention, sondern ein Anspruch, der sich aus dem Sicherstellungsanspruch ableite. Schon jetzt sei jedes vierte Krankenhaus in der Existenz bedroht. „Wie soll das weitergehen?“

„Und wie sollen wir auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren“, fragte Dr. Johannes Kramer, Präsident der Krankenhausgesellschaft NRW. Er befürchtete, dass auch in den nächsten Jahren nicht mit Geld zu rechnen sei. „Wir haben keinen Spielraum mehr“, erklärte Kramer und forderte für 2006 zumindest einen „Feuerwehrtopf von 50 Millionen“.

„Die Landesförderung ist unverzichtbar“, stellte Mechthild Greive von der Arbeitsgemeinschaft kommunale Spitzenverbände und



Fotos: Schätke

Im Gespräch mit zwei Sachverständigen – hier der Ausschussvorsitzende Günter Garbrecht (SPD, l.) mit dem Sprecher der beiden NRW-Ärzttekammern, Dr. Theodor Windhorst

.... und Professor Dr. Günter Neubauer (r.) von der Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, mit Rudolf Henke von der CDU

Höhe der Zinssubventionierung ausdrücken.“ Der Münchener Ökonom plädierte für eine Umstellung weg von der dualen Finanzierung hin zur monetarischen, gesteuert über den Preis.

Das hielt auch Dr. Boris Augurzky vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) für die beste Lösung. Als zweitbesten Weg schlug er vor, Fördermittel an Wirtschaftlichkeit zu koppeln. Kriterium solle sein, inwieweit das Projekt die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses verbessert. Eine „Lösung aus der Praxis“ hatte Dr. Georg Rüter vom Bielefelder Franziskus Hospital parat. Weg vom Instrument Investitionsprogramme. Das sei in der Regel 20 bis 30 Prozent teurer als private Finanzierungsmodelle. Auch dass ein 800-Betten-Haus nicht etwa vier-, sondern siebenmal mehr Mittel erhalte als eines mit 200 Betten, sei nicht zu rechtfertigen. Er plädierte für eine Pauschal-

rung des Systems das Wort und forderte die Öffnung für private Mittel. „40 Prozent der Betten, also rund 50.000 in NRW müssen weg“, so seine These. Dabei bescheinigten sowohl er als auch das RWI den NRW-Krankenhäusern ordentliches Wirtschaften. Trotz der seit Jahren geringsten Fördermittel habe man sich gut behauptet.

Das Bundesrecht schreibe jedoch in Paragraph 6 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz die Aufstellung von Investitionsprogrammen verpflichtend vor. Auch der Haushaltsvorbehalt rechtfertige das Aussetzen nicht, goss der Jurist Dr. Christian-Dietrich Bracher Wasser in den Wein der Ökonomen. Das Nichtauflegen eines Investitionsplanes durch die Landesregierung sei demnach ein „Ermessensfehler“, urteilte er und bescheinigte jedem Krankenhaus bei einer Klage gegen die Ablehnung eines Förderantrages gute Chancen.

Geschäftsführerin des Klinikums Dortmund fest und verwies auf einen Investitionsstau von allein 327 Millionen an ihrem Haus. Landesweit, so die Experten, müssten zwischen elf und 14 Milliarden investiert werden.

An die staatliche Verpflichtung zur Krankenhausfinanzierung erinnerten auch Dr. Theodor Windhorst, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, und Dr. Michael Conrads für die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Der Ärztekammerpräsident warnte davor, große Systemänderungen vorzunehmen, während sich das System der Fallpauschalen gerade einspiele. Man wolle keine Staatsmedizin, aber Planungs- und Rahmenhoheit müssten doch beim Land liegen. In jedem Falle sei die Krankenhausförderung nicht schuld an der Haushaltslage, meinte Conrads und warnte vor Sparmaßnahmen.

vok

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 24. April 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Sofortmaßnahmen zur Beseitigung gravierender Deckenschäden stellt das Land 2006 im Rahmen der Baumaßnahmen des Programms für die Landesstraßen bereit. Wie im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) Ende März mitgeteilt wurde, soll mit 4,7 Millionen Euro den Schlaglöchern das Aus bereitet werden.

+++

Das Tauziehen um einen geeigneten Standort für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Großraum Düsseldorf/Ratingen geht weiter. Nach langwieriger Standortsuche des Justizministeriums wurde bereits ein Grundstück in Ratingen als geeigneter Standort gehandelt – trotz massiver Proteste des dortigen Bürgermeisters. Wie Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) verkündete, kommt nun eventuell doch ein weiterer Standort in Frage. „Das Grundstück in Ratingen ist grundsätzlich geeignet, aber wir haben weitere Möglichkeiten erörtert“, sagte die Ministerin. „Eine Alternative zu Ratingen kommt konkret in Betracht, aber ich möchte mich zu diesem Standort noch nicht äußern.“ Es gehöre zum Stil ihres Hauses, erst mit den Betroffenen vor Ort zu sprechen. Viel Zeit bleibt hierfür jedoch nicht mehr. „Es ist mein Ziel, im Jahr 2007 mit den Bauarbeiten zu beginnen“, betonte Müller-Piepenkötter. Der JVA-Neubau soll über 845 Haftplätze verfügen und die veralteten Gefängnisse in Düsseldorf, Duisburg und Oberhausen ersetzen.

+++

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuches (Drs. 14/1072) wird jetzt Gegenstand einer Anhörung von

Sachverständigen im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Die öffentliche Sitzung ist für den 26. April, 10 Uhr, im CDU-Fraktionssaal (E 3 A 02) anberaumt.

+++

Die Landesregierung versucht den Mautflucht-Verkehr von Autobahnen in NRW einzudämmen. Das berichtete Bauminister Oliver Wittke (CDU) jetzt im **Verkehrsausschuss**. Die Bundesstraßen 1 zwischen Werl und Paderborn und 68 zwischen Paderborn und der Landesgrenze Hes-



Illustration: Peter Flock

sen sollen versuchsweise für ein Jahr für den Lkw-Durchgangsverkehr gesperrt werden. Nach Einführung der Autobahnmaut war der Schwerverkehr auf beiden Strecken um 150 bis 250 Lkw am Tag angestiegen. Gleichzeitig erteilte Wittke Forderungen nach einer Ausweitung der Mautpflicht auf Bundesstraßen eine Absage. Dies würde nur eine weitere Verlagerung des Ausweichverkehrs in das Landes-, Kreis- und Gemeindestraßennetz nach sich ziehen, so der Minister.

+++

Vielleicht sind wir ja noch einmal glimpflich davongekommen, lautete die am Ende trügerische Hoffnung drei Wochen nach dem ersten Auftreten der Schweinepest in NRW seit sieben Jahren. Im **Umweltausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) berichtete Minister Eckhard Uhlenberg (CDU) auf Anfrage der GRÜNE-Fraktion über die Vorgänge in Haltern-Lavesum. Bei Routineuntersuchungen an einem verendeten

Schwein hatte das Staatliche Veterinäruntersuchungsamt Münster Anfang März den Erreger entdeckt. Daraufhin wurden 2.800 Tiere von drei betroffenen Höfen gekeult, ein Drei-Kilometer-Sperrbezirk, ein Beobachtungsbezirk von zehn Kilometern sowie erstmals eine 30-tägige Pufferzone von 20 Kilometern eingerichtet. So habe man Restriktionen der EU für ganz NRW abwenden können. Während das Krisenmanagement von Tierarzt, Tierhaltern und Behörden Anerkennung fand, blieb die Frage des Übertragungsweges offen. Bei dem in Haltern gefundenen Virus handelt es sich um einen Typ, der bisher nur bei Wildschweinen auftrat. Wie er in den Bestand eingeschleppt wurde, will der Minister nach Abschluss der Ermittlungen erläutern.

+++

Mit den Auswirkungen der bergbaulichen Tätigkeit auf die Bevölkerung beschäftigte sich jetzt der **Unterausschuss „Bergbausicherheit“** (Vorsitz Josef Hovenjürgen, CDU) in seiner zweiten auswärtigen Sitzung in Wassenberg (Kreis Heinsberg). Dabei ging es um durch wieder ansteigendes Grundwasser verursachte Hebungen im Bereich der 1997 stillgelegten Zeche Sophia Jacoba, die erhebliche Gebäudeschäden verursacht haben. Der Ausschuss beschloss, sich in einer weiteren Sitzung intensiv mit den Schadensregulierungen zu befassen.

+++

Die zunächst für den 4. April anberaumte Anhörung im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** über die Integrierte Gesamtverkehrsplanung für NRW, ist auf den 26. April verlegt worden. Die Sitzung beginnt um 10 Uhr im Plenarsaal. Bereits zwei Tage später, am 28. April, wird es im selben Ausschuss eine öffentliche Anhörung zum Thema Gebäudesicherheit in öffentlichen und privaten Bauten geben. Darin einbezogen sind die vorliegenden Anträge zum „Rauchwarnmelder-Bonus in der Gebäudevversicherung“, Antrag der GRÜNE-Fraktion (Drs. 14/1026), sowie zur „Sicherheit privater Haushalte steigern – freiwillige Initiative durch Überzeugung aller wohnungswirtschaftlichen Akteure fördern“, Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 14/1081). Die Anhörung beginnt um 10 Uhr im SPD-Fraktionssaal (E 3 D 01).

Kirchen haben Bedenken

Schwangerschaftskonfliktgesetz: Kritik der Verbände

Der „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz“ (Drs. 14/1149) beschäftigte die beiden Ausschüsse für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) sowie für Frauenpolitik (Vorsitzende Elke Rühl, CDU). In der Anhörung, an der auch Landtagspräsidentin Regina van Dinter teilnahm, wurden die Vertreter der Kirchen, verschiedener Institutionen und Praktiker aus den Beratungsstellen gehört. Die waren zwar sehr kurzfristig eingeladen worden, vertraten ihre Standpunkte aber entschieden. Besonders bemängelt wurde der Verteilungsschlüssel: 25 Prozent der Konflikt-Beratung sollen Ärztinnen und Ärzte übernehmen.

Der Gesetzentwurf findet nicht die Unterstützung der Evangelischen Kirche in Nordrhein-Westfalen“, sagte Rolf Krebs, Kirchenbeauftragte bei Landtag und Landesregierung. Liegen unter Berücksichtigung der anerkannten Ärztinnen und Ärzte mehr Beratungsangebote vor, als zur Erfüllung des Versorgungsschlüssels erforderlich sind (eine Fachkraft auf 40.000 Einwohner), so sieht der Gesetzentwurf nämlich vor, die Anträge in zwei Bereiche aufzuteilen, in eine Gruppe mit religiöser Ausrichtung und eine andere mit weltanschaulicher Ausrichtung. Beide Trägerbereiche sollen eine Quote von 50 Prozent erreichen. Das werde den Kirchen nicht gerecht.

„72 Prozent der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens bekennt sich zum christlichen Glauben. Berücksichtigt man den Vorwegabzug von 25 Prozent des Beratungskräftebedarfes durch Ärzte, so können wir lediglich in 37,5 Prozent aller Fälle Rat und Unterstützung geben. Wir werden gezwungen sein, Angehörige unserer Konfession an andere Beratungsträger zu ver-

mitteln, obwohl sie Orientierung und Entscheidungshilfe bei uns suchen.“

Zuvor hatte bereits Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt, Direktor des Katholischen Büros NRW, gefordert, die gewachsene und bewährte Beratungslandschaft müsse erhalten bleiben. Auch er bemängelte eine Bevorzugung der Ärztinnen und Ärzte in dem System.

Zwei Punkte zum Anteil der Mediziner an der Beratung wurden auch von den anderen Sachverständigen kritisiert. Erstens sei unklar, was sie für eine Schwangerschaftskonfliktberatung berechneten. Dies sei von Arzt zu Arzt unterschiedlich, gab Dr. Robert Schäfer, Geschäftsführer der Ärztekammer Nordrhein, zu. Marianne Hürten (Pro Familia) wünschte deshalb eine Vorgabe im Gesetz, dass die Beratung unentgeltlich sein müsse.

Zweitens sei die Tätigkeit der Mediziner in der Praxis überhaupt nicht mit derjenigen der Vollzeitberaterinnen gleichzusetzen, so Dr. Olaf Tyllack, Bundesvorsitzender Donum Vitae. Marianne Hürten und Jörg Syllwasschy von Pro Familia präzisierten, gerade die

enge Vernetzung von sozialer, wirtschaftlicher, medizinischer und juristischer Beratung sei wichtig. „Es ist schlecht, wenn Menschen in Notsituationen weitergeleitet werden müssen“, so Syllwasschy. Petra Söchting vom Landesverband AWO pflichtete bei: „Ärzte bieten keine soziale und wirtschaftliche Hilfe, meist auch keine psychologische. Wir sprechen uns dafür aus, die bisherige Förderpraxis beizubehalten.“

Ulla Zierke (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) schloss sich den Vorrednern an: „Wir erleben sehr deutlich, dass die Zahl nicht versicherter Frauen steigt. Die lassen sich bei Schwangerschaft nicht medizinisch versorgen. Da ist es gut, wenn wir die Frauen umfassend beraten können und auch mal eben zum Arzt reingehen können, ohne einen Termin ausmachen zu müssen.“

Sorge bereitete den Sachverständigen außerdem, dass nicht festgeschrieben sei, welche Qualifikation eine Fachkraft haben müsse. Wer ein Jahr Berufserfahrung in einem Jugendzentrum habe, könne als Fachkraft durchgehen, hieß es. Dabei sei Beratung mehr als die Weitergabe von Informationen und werde immer anspruchsvoller. Jörg Syllwasschy: „Wir haben Mädchen in der vierten Grundschulklasse, die ihre Periode haben und Jungen, die durch mediale Einwirkung übersexualisiert sind. Wir müssen schwangere Migrantinnen weit entfernt vom Elternhaus unterbringen und haben Mädchen bei uns, die vor der Hochzeit eine Jungfernhaut-Wiederherstellung wünschen. Es gibt einen hohen zusätzlichen Beratungsbedarf und Probleme, an die vor 20 Jahren noch niemand gedacht hat.“

DD

Sparen ist das Motto ...

... in Zeiten leerer Kassen. Doch wo Finanzmittel gekürzt oder gestrichen werden, erhebt sich Protest bei den Betroffenen. So auch in der öffentlichen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses Ende März zum Haushaltsplanentwurf 2006. Mehr als 50 Verbände und Organisationen aus ganz NRW kamen zu Wort – ein hartes Stück Arbeit für die Abgeordneten. Auf dem Bild die Ausschussvorsitzende Anke Brunn (SPD, 2. v.l.) sowie die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen Gisela Walsken (SPD, 2. v.r.), Volkmar Klein (CDU, r.) und Rüdiger Sagel (GRÜNE, l.) mit den Haushaltsbänden. Nicht mit dabei: die finanzpolitische Sprecherin der FDP, Angela Freimuth

Foto: Schälte



CDU

Eine-Welt-Politik effizient und profiliert ausrichten

Viele Initiativen, Gruppen und kirchliche Träger engagieren sich mit großem Einsatz und zumeist ehrenamtlich in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Dies ist ein wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft“, sagte der CDU-Abgeordnete Chris Bollenbach (Foto). Bei der zukünftigen Ausgestaltung der Eine-Welt-Politik des Landes müsse zukünftig eine stärkere institutionelle Bündelung sowie eine stärkere Vernetzung mit internationalen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen angestrebt werden: „Wir brauchen in NRW eine Neuausrichtung der Eine-Welt-Politik, die sowohl integrations- mit entwicklungspolitischen Zielen verknüpft als auch die Internationalisierungsstrategie der Landesregierung intensiviert. Wir müssen weg von einer ideologisierten Klientelpolitik und hin zu einer zielorientierten Sachpolitik.“



Den Ansatz der Landesregierung, sich bei der Neuausrichtung der Eine-Welt-Arbeit an den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen zu orientieren, begrüßt der Abgeordnete: „NRW ist das Nord-Süd-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland. Fast alle großen entwicklungspolitischen Organisationen haben hier ihren Hauptsitz. Mit Bonn verfügen wir zudem über den einzigen deutschen UN-Standort. Dieses Potenzial muss im Interesse des Landes offensiv genutzt und weiter ausgebaut werden.“

GRÜNE

Grüne vor Ort: Köln, OT „St. Bartholomäus“

Im Rahmen der Reihe „Grüne Fraktion unterwegs“ fand die 33. Sitzung der Fraktion in der Offenen Tür „St. Bartholomäus“ in Köln statt. Der Ort war bewusst gewählt, denn vor dem Hintergrund der geplanten Haushaltskürzungen im Kinder- und Jugendbereich durch die schwarz-gelbe Landesregierung wird auch diese Jugendeinrichtung die Einschnitte der Politik zu spüren bekommen. Dabei nutzte die Fraktion die Gelegenheit, sich bei den VertreterInnen der Jugendeinrichtungen und -verbände aus erster Hand zu informieren und mit ihnen über die drohenden Konsequenzen zu diskutieren. So wurde schnell klar, dass die Einsparungen für viele Einrichtungen und Verbände die Tropfen sind, die das Fass zum Überlaufen bringen. Allein in Köln müssten sechs Jugendzentren schließen, Kindertagesstätten und Jugendhäuser werden ihr Programm massiv einschränken müssen. Konkret heißt das: Kein Geld für pädagogisches Spielmaterial, für notwendige Weiterbildungsmöglichkeiten, verlässliche Hausaufgabenbetreuung, Sportangebote u.v.m. Für viele Kinder und Jugendliche bedeutet dies, dass sie ihre Freizeit auf der Straße verbringen werden.

Mit Sorge fragte sich die Fraktion, wie diese Politik zu der Aussage von Ministerpräsident Rüttgers passen soll, NRW zum kinderfreundlichsten Land zu machen. Bildung ist mehr als Schule und die bloße Einstellung ohnehin notwendiger Lehrerinnen und Lehrer. Für eine ganzheitliche kindliche Bildung und Entwicklung müssen über die Schule hinaus hinreichend Möglichkeiten zur sinnvollen und verlässlichen Freizeitgestaltung gegeben werden. Jugendeinrichtungen in NRW müssen auch in Zukunft zuverlässige Partner von Kindern und Jugendlichen bleiben – besonders, weil es manchmal leider die einzigen sind.

SPD

Vertreter der Volksinitiativen zu Gast bei der SPD-Fraktion

Die beiden Volksinitiativen gegen die Landeskürzungen bei Kindern, Jugendlichen und Familien und für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung konnten bereits 33.000 bzw. 56.000 Unterschriften sammeln. Darüber informierten die beiden Vertrauenspersonen für die Unterschriftensammlungen, Gerhard Stranz und Martin Wonik, die SPD-Abgeordneten. Sie erklärten, dass der Protest gegen den Wortbruch der schwarz-gelben Landesregierung auf eine große Resonanz in der Bevölkerung stöße. Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft erinnerte: „Noch bis zu den Landtagswahlen im Mai 2005 hatten CDU und FDP, insbesondere Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, vollmundig erklärt, dass beispielsweise die Jugendförderung in diesem Jahr wieder auf 96 Millionen Euro angehoben wird.“

Die Initiativen waren sich mit der SPD-Fraktion einig, dass die Kleinsten nicht zu den größten Verlierern im Landshaushalt 2006 werden dürfen. Während es nach den Vorstellungen der schwarz-gelben Landesregierung satte Aufschläge unter anderem für die Landwirtschaftskammer und den Flughafen Münster/Osnabrück gebe, solle bei Familien und Kindern über 200 Millionen Euro eingespart werden. „Doch noch sind die Initiativen nicht am Ziel“, sagte die Fraktionschefin. Sie bräuchten jeweils etwas über 66.000 Unterschriften, damit der Landtag sich mit diesen berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger beschäftigt. „Je mehr unterschreiben, desto deutlicher wird, dass die Menschen diese schwarz-gelbe Politik ohne Herz und Verstand ablehnen. Daher unterstützt die SPD-Fraktion diese Aktion mit Nachdruck.“

FDP

Perspektiven für das Ruhrgebiet

Boarding Time FDP-Landtagsfraktion, 19.30 Uhr“ – so kündigte der Flughafen Dortmund Ende März das Mobilitätsforum der FDP-Landtagsfraktion an. Rund 120 Gäste waren zu der Veranstaltung nach Dortmund gekommen, um sich über die Mobilitätsziele der schwarz-gelben Koalition, die Entwicklung des Flugverkehrs und die Verkehrsinfrastruktur Nordrhein-Westfalens zu informieren. Gerade im Ruhrgebiet beschäftigt das Thema Mobilität die Menschen. Doch leider ist in dieser Region Stau ein alltägliches Phänomen. „Stau bedeutet den Verlust wertvoller Arbeits- und Freizeit und verursacht zusätzliche Kosten für Unternehmen“, betonte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Ralf Witzel. Zudem führe er zu milliardenschweren ökologischen und ökonomischen Schäden und gefährde den Wirtschaftsstandort NRW.

Christof Rasche, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, erklärte: „Die Koalition der Erneuerung hat eine Trendwende in der Verkehrspolitik des Landes eingeläutet. Statt grüner Verhinderungspolitik werden wir dafür sorgen, dass der Standort Nordrhein-Westfalen mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur noch attraktiver für Investoren wird.“

Die Referenten Manfred Kossack, Geschäftsführer des Flughafens Dortmund, Gerhard Schmitt, Aufsichtsratsmitglied des Flughafens Dortmund, Stefan Schreiber von der IHK und Ekhart Maatz aus dem Verkehrsministerium NRW zeigten sich einig, dass NRW eine Stärkung des Straßenbaus, mehr Wettbewerb auf der Schiene sowie ein intaktes Luftverkehrsnetz benötigt.

Porträt der Woche: Werner Jostmeier (CDU)

Auf der Visitenkarte von Werner Jostmeier steht unter dem Namen mit dem Kürzel MdL „Vorsitzender Hauptausschuss“ und darunter „Sprecher der CDU-Abgeordneten des Münsterlandes“. Letzteres zeugt von landmannschaftlichem Stolz. Jostmeier stammt aus Dülmen im Kreis Coesfeld. Er bewohnt noch heute mit seiner Familie das Bauernhof-Gelände seiner Kindheit. Wenn Jostmeier, der schollentreue Münsterländer, davon erzählt, dass seine beiden Schwestern „aus irgendwelchen Gründen im Rheinland verheiratet“ seien, klingt ein schmunzelndes „Wie kann man nur“ mit. Jemand wie Werner Jostmeier ist natürlich aktiv im Heimat- und im traditionsreichen Schützenverein Welte. Da sich der Abgeordnete vom Jahrgang 1950 als einen im Katholizismus verwurzelten, praktizierenden Christen bezeichnet, verwundert sein sonntäglicher Dienst als Kommunionhelfer in St. Joseph in Dülmen nicht.



Jostmeier gehört zu den Menschen, auf die man bauen kann, die man gerne Stützen der Gesellschaft nennt. Schon als Junge hat der gelernte Schmied, der auf dem zweiten Bildungsweg Abitur und später die beiden Staatsexamina der Juristerei gemacht hat,

sich gemeinschaftlich engagiert: als Anführer von Zeltlagern, Messdienergruppen und als Jugendchorleiter. Zwei seiner vier Söhne im Alter zwischen 13 und 20 Jahren versuchte er mit seiner Leidenschaft für Musik zu infizieren. Es hat nicht recht geklappt. Jostmeier kann nach eigener Aussage Gitarre, Akkordeon, Trompete und Klavier spielen: „Hab‘ ich mir selbst beigebracht.“

GRUNDWERTE

Man spürt im munter sprudelnden Gespräch Stolz auf das, was er erreicht hat im beruflichen Leben. Bei Post und später Telekom war Jostmeier Referats- beziehungsweise Personalfachbereichsleiter. Zuvor hatte er den elterlichen Handwerksbetrieb, der sich aus der bäuerlichen Hufschmiede proper entwickelt hatte, modernisiert. Dass er jetzt wegen einer großzügigen Geste Helmut Stahls Vorsitzender des wichtigen Hauptausschusses ist, der nach alter Landtags-Sitte von den Chefs der jeweils stärksten Fraktion geführt wird, vertreibt bei Jostmeier sicherlich auch „Hätte-ich-vielleicht-doch“-Gedanken. Aus Rücksicht auf die Familie verzichtete Jostmeier 1994 auf die Chance, in den Bundestag gewählt zu werden. 2004 interessierte er sich für das Europa-Parlament. Es wurde nichts daraus. Heute sagt er dazu: „Der liebe Gott tut nix wie fügen, ich bin jetzt froh, dass es so ist wie es ist.“ Im Landtag sei man politisch einfach näher dran an den Menschen und deren Anliegen.

Den jüngst verstorbenen langjährigen SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau würdigt Jost-

meier als Beispiel dafür, dass ein Politiker mit christlichen Grundwerten, ohne zu poltern und übermäßig Ellenbogen einzusetzen, wirksam sein könne. Er leugnet nicht, dass er früher („in meiner Sturm- und Drang-Zeit“) Rau mit dafür verantwortlich gemacht habe, dass die einstige deutsche Wirtschafts-Lokomotive NRW stark abgebremst worden sei. Der Einstieg in die CDU und die aktive Politik (Kreisvorsitzender der Partei in Coesfeld ist er auch) war eine Reaktion auf Willy Brandts Ostverträge. Heute rückt er sein Nein, ohne es einen Irrtum zu nennen, zurecht: Zusammen mit dem Helsinki-Prozess, der den Eisernen Vorhang löchrig gemacht habe, seien die Ostverträge Beiträge zum Ende der Teilung Deutschlands und Europas gewesen.

Jostmeier, der sich als Hauptausschuss-Vorsitzender mit den Vertreter aller Fraktion menschlich gut versteht (verstehen muss), gehört innerhalb der CDU zu den Sozialausschüssen. Vor allem die christliche Prägung von Kindheit an ist der Grund dafür. Der Mensch dürfe in keinem politischem System kaputt gehen, müsse stets seine Würde behalten. Es überrascht kaum, dass Jostmeier als Vorbilder Papst Johannes XXIII. und Albert Schweitzer nennt. Verblüffend jedoch ist, dass er die Hallodris John F. und Robert Kennedy in diese Reihe mit aufnimmt. Der Münsterländer, der gerne plattdeutsch spricht, ist ein Freizeit-Wanderer, Garten-Arbeiter und ausgiebiger Fahrradfahrer. Fernweh plagt ihn nicht. Nord- und Ostsee sowie der Schwarzwald waren die bevorzugten Ferienzeile der sechsköpfigen Familie, einmal rollte man mit dem Wohnmobil durch Masuren und Schweden. *Autor: Reinhold Michels*

Chinesischer Botschafter bietet Unterstützung an

Die Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe des nordrhein-westfälischen Landtags (Vorsitz Harald Schartau, SPD) hat die Abgeordnete Ilka Keller (CDU) einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Parlamentarische Gruppe ließ sich von Dr. Jörg Becker, Referatsleiter der Staatskanzlei für internationale Zusammenarbeit außerhalb Europas, über die Beziehungen des Landes zu China – insbesondere zu den drei Partnerregionen Jiangsu, Shizuan und Shanxi – berichten.

Dabei hob er das zwischen Nordrhein-Westfalen und China bestehende Stipendiatenprogramm und das darauf basierende Netzwerk „InWent“ zu Führungskräften in China als einen wichtigen Brückenkopf der Beziehungen hervor.

Im Anschluss an die Sitzung begrüßte der Vorsitzende Schartau den Botschafter der Volksrepublik China Ma Canrong, der selbst aus einer der Partnerregionen Nordrhein-West-

falens (nämlich aus Jiangsu) stammt, zu einem ersten Gespräch im Landtag.

Neben einem anregenden Informationsaustausch über die deutsch-chinesischen Beziehungen, die allgemeine sowie wirtschaftliche Situation in China, wurde auch manche Anekdote ausgetauscht. Botschafter Canrong erinnerte sich noch gut daran, wie der damalige Ministerpräsident Johannes Rau mit jeweils 25 Angora-Kaninchen und Kaninchen der Sorte „Großer Riese“ im Gepäck den Kontakt zur ersten chinesischen Partnerregion Sichuan aufbaute. Noch heute, so der chinesische Gast, halten viele Chinesen in und um Chengdu Tiere aus dieser Züchtung.

Der Botschafter versicherte im Übrigen, eine Kontaktaufnahme zu chinesischen Parlamentariern gern unterstützen und fördern zu wollen. Er lud die Parlamentariergruppe zu einem Besuch nach Berlin ein. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dintner, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309,

Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz:

de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 7. April bis 2. Mai 2006

7.4. Peter Brakelmann (CDU)	48
8.4. Manfred Kuhmichel (CDU)	63
9.4. Wolfram Kuschke (SPD)	56
10.4. Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)	57
11.4. Andrea Milz (CDU)	43
11.4. Josef Wirtz (CDU)	56
16.4. Elke Talhorst (SPD)	61
20.4. Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	54
22.4. Heinrich Kemper (CDU)	57
23.4. Monika Düker (GRÜNE)	43
28.4. Thomas Jarzombek (CDU)	33
28.4. Peter Kaiser (CDU)	40
2.5. Rainer Deppe (CDU)	50

Karl-Josef Laumann (CDU), Landtagsabgeordneter und Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, ist mit dem Heinrich-Brauns-Preis des Ruhrbistums Essen ausgezeichnet worden. Die an den katholischen Priester und Sozialpolitiker Heinrich Brauns erinnernde Auszeichnung wurde dem Minister als einem „beispielhaften Zeugen für den notwendigen Einsatz auf dem Fundament der christlichen Soziallehre“ verliehen.

Hans-Willi Körfges (SPD) bleibt Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Mönchengladbach. Die Delegierten des Unterbezirksparteitages wählten den 51-jährigen kommunalpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion mit 83 Prozent erneut zum Vorsitzenden. Ebenfalls in den Vorstand der Mönchengladbacher Sozialdemokraten wurde seine Mönchengladbacher SPD-Landtagskollegin **Angela Tillmann** als Beisitzerin gewählt.

Helmut Breuer (67), langjähriger Berichterstatte aus der NRW-Landespolitik (zwei Jahrzehnte für die Tageszeitung Die Welt und sechs Jahre bei der Rheinischen Post), hat sich aus der tagesaktuellen journalistischen Arbeit zurückgezogen. Sein Nachfolger ist **Kristian Frigelj** (33), der die Landespolitik als Korrespondent des Westfälischen Anzeigers, der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Rundschau und des Handelsblatts kennen gelernt hat. Breuer bleibt seinem Blatt als Autor verbunden.

Peter Eykmann, FDP-Landtagsabgeordneter von 1975 bis 1980, ist in Recklinghausen im Alter von 64 Jahren gestorben. Der in Kevelaer geborene Politiker war FDP-Mitglied seit 1963 und Parlamentarischer Geschäftsführer der liberalen Landtagsfraktion. Einer der Schwerpunkte seiner Arbeit lag in der Sicherheitspolitik; darüber hinaus wirkte er fünf Jahre als Mitglied im Kuratorium der Stiftung Haus des Deutschen Ostens.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Medienkompetenz ist Schlüsselqualifikation

In einer vernetzten Welt, in der die einzelnen Medien immer näher zusammenrücken und verschmelzen, wo die Menge des Wissens jeden Tag zunimmt und darum Orientierung dringend nötig ist, spielt die Förderung der Medienkompetenz für alle Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle. Für zwei Tage (vom 4. bis zum 5. April) hat darum Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff zusammen mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Medienschaffende und Medienbegeisterte, Parlamentarier und Bürger, Jugendliche und ältere Menschen zu einem Symposium und einer Ausstellung in den Landtag gebeten. Informationen über Programm, Projekte, Aussteller und Arbeitsgruppen im Internet unter www.tagdermedienkompetenz.de

Foto: Schälte